

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

STADTENTWICKLUNG/DEUTSCH-RUSSISCHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

- | | | | |
|--|----|---|----|
| <p>■ ANALYSE
Stolitschnaja Praktika: Das Moskauer Wohnraumsanierungsprogramm soll auf die Regionen ausgedehnt werden
Daniela Zupan (Bauhaus-Universität Weimar), Vera Smirnova (Kansas State University) und Amanda Zadorian (Higher School of Economics, Moskau)</p> | 2 | <p>■ STATISTIK
Daten zum Deutsch-Russischen und EU-Russischen Warenverkehr</p> | 16 |
| <p>■ ANALYSE
Urbaner Aktivismus in Russland: »gewöhnliche« Bürger:innen, erfahrene Aktivist:innen und Gründe für vorsichtigen Optimismus
Anna Zhelnina (Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg)</p> | 7 | <p>■ DOKUMENTATION
Stellungnahme: »Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«
Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)</p> | 20 |
| <p>■ DEKODER
Das Moskau-Experiment
Maria Kuwschinowa (Colta.ru, Moskau)</p> | 11 | <p>■ STATISTIK
Deutsche Exporte und Direktinvestitionen in Russland</p> | 23 |
| <p>■ DOKUMENTATION
Stellungnahme: »Entwicklung der Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen«
Katharina Bluhm (Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin)</p> | 13 | <p>■ DOKUMENTATION
Stellungnahme: »Entwicklung der Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen«
Karl-Heinz Paqué (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg)</p> | 24 |
| <p>■ DOKUMENTATION
Stellungnahme: »Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«
Michael Harms (Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Berlin)</p> | 14 | <p>■ STATISTIK
Covid-19 in Russland (Stand 07. März 2021)</p> | 26 |
| | | <p>■ CHRONIK
Covid-19-Chronik, 15. – 28. Februar 2021</p> | 27 |
| | | <p>■ CHRONIK
16. – 27. Februar 2021</p> | 30 |

Stolitschnaja Praktika: Das Moskauer Wohnraumsanierungsprogramm soll auf die Regionen ausgedehnt werden

Daniela Zupan (Bauhaus-Universität Weimar), Vera Smirnova (Kansas State University) und Amanda Zadorian (Higher School of Economics, Moskau)

DOI: 10.31205/RA.399.01

Zusammenfassung

Die jüngste Gesetzgebung sieht vor, das Sanierungsprogramm der Moskauer Plattenbauten aus der Chruschtschow-Zeit (auf Russisch kurz: *renowazija*, Anm. der Redaktion) auf ganz Russland zu übertragen. Die Analyse zeigt wesentliche Unterschiede zwischen dem Moskauer und dem föderalen Programm in Bezug auf Finanzierung, Bürgerbeteiligung und Bedeutung der »Renovierung« auf. Anschließend wird untersucht, wie ein neuer öffentlicher Diskurs über Wohnraumpolitik, der den Beitrag Moskaus hinsichtlich Expertise und innovativen *best practices* für die regionale Entwicklung betont, die Rezentralisierung der Macht in Russland befördert.

Stolitschnaja Praktika als Polittechnologie

Das Moskauer Wohnraumsanierungsprogramm, das der Öffentlichkeit erstmals im Februar 2017 präsentiert wurde, sah vor, zehn Prozent der Moskauer Wohngebäude aus der Ära Chruschtschow, die sogenannten *Chruschtschowki*, abzureißen und mehr als eine Million Moskauer:innen umzusiedeln. Viele westliche Journalist:innen und Wissenschaftler:innen verfolgten mit großer Neugier, wie das größte städtische Wohnraumsanierungsprogramm im modernen Russland und vielleicht sogar der ganzen Welt Massendemonstrationen in der Hauptstadt auslöste. Weniger Beachtung fand eine neue Welle dieser öffentlichen Debatte in Russland über die Wohnungspolitik. Denn kürzlich unterbreitete die russische Regierung den Vorschlag, das Moskauer Stadt-sanierungsexperiment auf ganz Russland auszuweiten, um sich des noch aus der Sowjetzeit stammenden Wohnraums anzunehmen. Die Gesetzgebung und die Debatte darüber illustrieren eine wichtige Polittechnologie, die Putins Machtvertikale in den letzten Jahren untermauert hat.

Wir nennen diese Polittechnologie *stolitschnaja praktika*, oder »die Praxis der Hauptstadt«. Die landesweite Wohnraumsanierung weckt in den Regionen Hoffnungen auf eine bessere Lebensqualität in den Städten und wirkt der Kritik entgegen, dass die russische Hauptstadt mehr Ressourcen des Landes absorbiert, als ihr eigentlich zustehen würden. »Wir sind alle wichtig«, erklärte Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin als Antwort auf diese Kritik. »Es ist unmöglich, sich Russland ohne Moskau vorzustellen. Es ist genauso unmöglich, sich Moskau ohne die russischen Regionen vorzustellen. Wir ergänzen uns gegenseitig« (https://aif.ru/realty/city/po_novym_standartam_prezident_pohvalil_peremeny_proizoshedshie_v_moskve). Während Moskau im Durchschnitt etwa dreißig Prozent des russischen

Bruttoinlandsprodukts generiert und einen großen Teil der Steuereinnahmen des Landes auf sich konzentriert, impliziert dieser neue öffentliche Diskurs, dass Moskau mit der *stolitschnaja praktika* eine weit wertvollere Ressource an die Regionen zurückgibt, indem es sein außergewöhnliches Fachwissen und seine innovativen *best practices* dem ganzen Land zur Verfügung stellt.

Das föderale Wohnraumsanierungsgesetz

Der Diskurs über Moskaus außergewöhnliche Stellung und überlegene Expertise trägt dazu bei, einige grundlegende Unterschiede zwischen dem Moskauer Sanierungsprogramm und ihrem föderalen Gegenstück zu beschönigen. Das föderale Wohnraumsanierungsgesetz wurde im September 2018 von den Abgeordneten Galina Chowanskaja und Sergej Mironow von der Partei *Gerechtes Russland* in die Staatsduma eingebracht. Entsprechend ihrer politischen Position Mitte-links zur Förderung der sozialen Wohlfahrt und des Schutzes der Bürger:innen bei gleichzeitiger Förderung der Marktwirtschaft unter Beachtung der Vorgaben des Kremls enthielt der Vorschlag von *Gerechtes Russland* mehrere Änderungen gegenüber dem Moskauer Programm. Ein erster wichtiger Unterschied bezieht sich auf die Definition der Wohnraumsanierung selbst. Während der russische Begriff *renowazija* normalerweise Verbesserung und Erneuerung meint, bedeutete er im Moskauer Programm, dass Plattenbauten abgerissen und diese durch neue, höhere Gebäude ersetzt werden. Obwohl der neue föderale Gesetzentwurf Renovierung sowohl als Erneuerung als auch als Abriss bestehender Gebäude definiert, sieht er im Gegensatz zum Moskauer Programm in erster Linie die Erneuerung und Modernisierung der bestehenden Gebäude vor. Während das Moskauer Programm auf Chruschtschowki und eine kleine Anzahl spezifischer anderer Gebäude abzielt, legt der föderale

Gesetzentwurf nicht fest, welche Art von Wohnraum für die Renovierung vorgesehen ist. Stattdessen werden die lokalen Behörden ermächtigt zu bestimmen, welche Wohngebäude in das Programm aufgenommen werden sollen.

Ein zweiter grundlegender Unterschied betrifft die Finanzierung dieser Programme. Das Moskauer Programm wird zu einem großen Teil öffentlich finanziert, die Abhängigkeit von privaten Investitionen ist gering. Im Gegensatz dazu wird das föderale Programm aus regionalen und kommunalen Budgets »und anderen Quellen, die nicht gesetzlich verboten sind« finanziert (<https://sozd.duma.gov.ru/bill/550294-7>). Während die lokalen Behörden also offiziell die Verantwortung für die Entscheidung über die Quellen und die Höhe der Finanzierung tragen, argumentierten Expert:innen, dass die lokalen Behörden aufgrund ihres unzureichenden Zugangs zu Steuereinnahmen darauf angewiesen sein werden, private Investor:innen und Immobilienunternehmen für die Sanierung zu gewinnen.

Drittens sieht der föderale Gesetzentwurf Änderungen bei den Abstimmungsmechanismen für die Aufnahme in das Programm vor. Während bei der Moskauer Sanierungsinitiative ein Gebäude abgerissen wird, wenn nicht ein Drittel der Wohnungseigentümer:innen dagegen stimmt, wird laut Bundesgesetzentwurf ein Gebäude nur dann in den Sanierungsplan aufgenommen, wenn alle Wohnungseigentümer:innen dafür stimmen. Das föderale Wohnraumsanierungsprogramm zeichnet sich daher dadurch aus, dass es den Bewohner:innen als auch den regionalen politischen Eliten anscheinend mehr Mitbestimmung einräumt: Bewohner:innen eines Gebäudes dürfen sich laut föderalem Gesetzentwurf beteiligen, während das Moskauer Programm von den Bewohner:innen verlangte, sich aktiv dagegen zu entscheiden. Dies führt letztlich dazu, dass die Moskauer:innen weniger Spielraum für die Beteiligung haben als die Bürger:innen in den Regionen. Dies ist sicherlich den Moskauer Protesten und dem Wunsch der Behörden zuzuschreiben, derartige Auseinandersetzungen in Zukunft zu vermeiden.

Der Diskurs über *stolitschnaja praktika*

Drei Merkmale des Diskurses der *stolitschnaja praktika* sind wichtig, um zu verstehen, wie er die Rezentralisierung der Macht in Putins Russland unterstützt. Erstens werden diese Praktiken so dargestellt, als seien sie zum ersten Mal in der Hauptstadt entwickelt, getestet und erfolgreich umgesetzt worden. Und zwar ausschließlich in der Hauptstadt. Dabei werden oft Vorläufer in Russlands »Peripherien« wissentlich verschwiegen. Im Fall der nationalen Wohnraumsanierung wurde der Einfluss eines groß angelegten Wohnungswiederaufbauprogramms im Stadtzentrum von Kasan in den 1990er Jah-

ren ausgeblendet, um den Anschein zu erwecken, dass die Wohnraumsanierung eine reine *stolitschnaja praktika* sei, eben ein Privileg der Hauptstadt.

Die symbolische Macht der Hauptstadt beruht darauf, dass sie ein Bezugspunkt für viele Akteure im gesamten politischen Spektrum ist und wie ein Integrationsmotor wirkt. Dies spiegelt sich zum Beispiel in der Art und Weise wider, wie *Moskauer Praktiken* von den Regionen dargestellt werden. Obwohl die Wohnraumrenovierung ein Markenzeichen des Moskauer Bürgermeisters Sobjanin ist, wird das föderale Programm oft mit der *stoliza* (also der Hauptstadt, Anm. d. Redaktion) und viel seltener mit der Person Sobjanin in Verbindung gebracht. Und während Verweise auf die »Renovierung à-la Moskau« positiv, negativ oder lediglich neutral sein können, sind Verweise auf Moskaus Bürgermeister durchgehend negativ. Während also direkte Verweise auf bestimmte Politiker wie Sobjanin als hierarchisch und politisch aufgeladen verstanden werden und in der Regel auf Feindseligkeit und Ablehnung stoßen, sind Äußerungen über die Herkunft des Programms aus der Hauptstadt weitgehend entpolitisiert und lassen positive Referenzen von verschiedenen, auch kritischen oder gar oppositionellen Akteuren zu.

Während das »Zentrum« als Urheber und einziger Nährboden für Neuerungen und Innovationen im Land positioniert wird, werden die Regionen als »Peripherie« dargestellt, die durch Nachahmung aufholen muss. Die Regionen tragen manchmal selbst zu dieser Logik der Peripherisierung bei, indem sie zum Beispiel die Modernisierung veralteter städtischer Infrastrukturen fordern, die mit Hilfe von Moskaus Expertise in der Stadtentwicklung bewerkstelligt werden soll. Die Hauptstadt wird zudem auch als wichtigste Bezugsquelle für »westliche *best practices*« positioniert. Dabei wird suggeriert, dass neue und fortschrittliche Ansätze erst Moskau passieren müssen, bevor sie die Regionen erreichen können. Das verbreitete Narrativ, Moskau sei der zentrale Filter für alle anderen russischen Städte, lässt das historische Recht der Hauptstadt wieder aufleben, den Rest des Landes in eine bessere Zukunft zu führen, das während der Sowjetunion oft beschworen wurde. Die herausragende Stellung Moskaus trägt dazu bei, die Übertragung von politischen Maßnahmen auf die Regionen zu legitimieren, die vom föderalen Zentrum vorangetrieben werden.

Zweitens genießt *stolitschnaja praktika* die Unterstützung der russischen Regierung, überlässt aber die Verantwortung für die Umsetzung der lokalen Ebene. Putin hat bestimmte stadtentwicklungspolitische Maßnahmen aktiv unterstützt, indem er beispielsweise verkündete, dass die Schaffung eines komfortablen städtischen Umfelds, eine Politik, die zuerst in der Hauptstadt erprobt wurde, im ganzen Land eine föderale Aufgabe von nationaler Bedeutung darstellt. Die aktive Unterstützung dieser Politiken durch die föderalen Behörden

führt dazu, dass deren Umsetzung auf lokaler und regionaler Ebene zu einem wichtigen Indikator der Loyalität der regionalen Eliten gegenüber dem Zentrum werden.

Die Sanierung der Chruschtschowki soll das Bild des paternalistischen, fürsorglichen Staates wiederherstellen. Diese Gebäude werden damit weithin als ein großzügiges Geschenk des sowjetischen Wohlfahrtsstaates wahrgenommen. Daher wird das aktuelle Renovierungsprogramm als eine Verpflichtung der russischen Bundesregierung dargestellt, die die Bürger:innen von der finanziellen Last der Sanierung des Wohnraums entlastet, der zur Zeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion in ihr Eigentum übergegangen ist. Infolgedessen wird das erwartete zweite Geschenk der Behörden, nämlich die Verbesserung der zuvor geschenkten Wohnungen eher enthusiastisch aufgenommen. Das Vertrauen in eine starke Hand, die das Programm in die Regionen trägt, dient hier als ein Mittel zur Rekonsolidierung und Rezentralisierung der Macht. Dies wird auch durch den Verweis auf die sowjetische Vergangenheit Russlands, ihre Stabilität, Sicherheit und hierarchische Entscheidungsfindung erreicht. Die Mobilisierung dieser Narrative spielt eine wichtige Rolle, indem sie das föderale Renovierungsprogramm als einen Weg vom Chaos zur Ordnung darstellt und sich darauf verlässt, dass der russische Zentralstaat dieses Versprechen einlöst.

Das nationale Wohnraumsanierungsprogramm macht die Gewährleistung von angemessenem Wohnraum für die Bürger:innen, die eine gewöhnliche und seit langem etablierte Verpflichtung der lokalen und regionalen Regierungen gewesen ist, zu einem Bestandteil eines breiteren, staatlich angeordneten Modernisierungsprojekts. Mehrere Autor:innen haben argumentiert, dass das föderale Programm den Regionen erlaubt, die Politik fortzusetzen, die sie bereits begonnen haben, nämlich private Investitionen anzuziehen, um die Instandhaltung des bestehenden Wohnraumbestands, die Umsiedlung von Bewohner:innen und deren Versorgung mit neuem Wohnraum zu bewältigen. Anstatt jedoch Stadtentwicklung als ein Politikfeld mit regionalspezifischen Eigenheiten anzugehen, sind die Regionen nun aufgefordert, ihre Bemühungen einem gemeinsamen Ziel und einer nationalen Idee unterzuordnen. In diesem Sinne passt *stolitschnaja praktika* gut zu jenen historischen Entwicklungslinien Russlands, wonach die »Aufklärung« der Regionen per Staatsdekret gängige Praxis war. Während die Umsetzung und die Verantwortung für die Durchführbarkeit des Programms den Regionen überlassen wird, erntet das Zentrum Anerkennung, indem es Fortschritte, die bei der Umsetzung von Putins Agenda zur systematischen Verbesserung der Qualität der städtischen Umwelt in der gesamten Russischen Föderation erzielt werden, als Erfolge präsentieren kann.

Lokale und regionale Beamt:innen werden ausdrücklich nicht nur für die Durchführung der Woh-

nungspolitik verantwortlich gemacht, sondern auch dafür, Anregungen der Bürger:innen einzuholen und zu berücksichtigen. Der russische Präsident appellierte wiederholt an die regionalen Beamt:innen, »diesen Weg zu beschreiten und mit den Menschen zu sprechen«, wenn es um Wohnungsbau und Stadtentwicklung geht (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/60795>). Die Rhetorik des Präsidenten wälzt damit die Verantwortung nicht nur für die Beschaffung privater Mittel für das Renovierungsprogramm, sondern auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger:innen und die Verhinderung einer Mobilisierung gegen das Programm auf die lokalen und regionalen Beamt:innen ab. Da die Wohnraumsanierung als ein Geschenk des Zentrums dargestellt wird, werden die Nutznießenden des Programms gleichzeitig ermutigt, ihre Loyalität gegenüber den Bundesbehörden zu demonstrieren. Das Monopol des Zentrums auf symbolische Ressourcen erlaubt es ihm, die positiven Reputationseffekte des Programms zu akkumulieren, während die Verantwortung für die Umsetzung und die lokale »Friedenssicherung« den regionalen Eliten überlassen wird.

Drittens werden die Regionen so dargestellt, als seien sie in der Lage, die Situation zu kontrollieren und ihren eigenen Weg der Sanierung zu wählen. In der offiziellen Darstellung wird die Rolle der Kommunen bei der Entscheidungsfindung im Verlauf des Programms als ein zentrales Anliegen der Entwickler:innen des Programms dargestellt. Wie der stellvertretende Premierminister Marat Chusnullin argumentiert, »sollte das föderale Zentrum nicht danach streben, die Regionen in jeglicher Hinsicht zu bevormunden, [...] denn die Rolle der Kommunen sollte gestärkt werden.« Allerdings argumentiert Chusnullin weiter, dass »wir ihnen [den Regionen und Kommunen] methodische Anweisungen an die Hand geben müssen« (<https://rg.ru/2020/02/02/marat-husnullin-ia-sdelaiu-vse-chtoby-stroit-v-rossii-maksimalno-bystro.html>). Dementsprechend überlässt der föderale Gesetzentwurf den lokalen Behörden zwar bestimmte Entscheidungen (z. B. darüber, welche Bezirke einbezogen werden sollen oder ob der Wiederaufbau oder der Abriss von Gebäuden Vorrang haben soll), gibt aber darüber hinaus detaillierte Beschreibungen zum Prozess der Sanierung (z. B. hinsichtlich der Bürgerbeteiligung). Neben dem föderalen Gesetzentwurf selbst werden weitere begleitende Mechanismen eingerichtet, durch die das Zentrum die Regionen in die »richtige« Richtung »leitet«. So hat beispielsweise die Zahl der neuen föderalen Standards und Richtlinien in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Diese wurden zwar oft zuerst für Moskau entwickelt, etwa hinsichtlich des Wohnungsbaus (<https://archsovet.msk.ru/presscenter/polozheniya-standarta-305-pp>) oder der Schaffung komfortabler städtischer Räume, aber in letz-

ter Zeit wurden diese Richtlinien auf das ganze Land ausgeweitet.

Regionale Stadtentwicklung per Dekret und positive Anreize

Die Stadtentwicklungspolitik des Zentrums wird mit Humankapital der Hauptstadt durchgeführt. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Fortbildungsprogrammen von Moskauer Elitebildungseinrichtungen entwickelt. Stipendien und Unterstützung sollen die Regionen das vom föderalen Zentrum gewünschte Know-how und Wissen näherbringen und eine Vorlage bieten, wie moderne Stadtverwaltung im ganzen Land handzuhaben ist. Bildungsinitiativen, wie das föderale Programm für Architekt:innen und Beamt:innen namens Architects.rf, werden in Zusammenarbeit mit DOM.RF und Strelka KB durchgeführt, um loyale Kader auf regionaler Ebene zu produzieren. Der damalige russische Premierminister Dmitrij Medwedew merkte dazu an: »Wir müssen dafür sorgen, dass in jedem kommunalen Zentrum der Föderation professionelle Teams entstehen: kleine, gut vernetzte, patriotische lokale Teams, die in der Lage sind, architektonische und planerische Lösungen zu erarbeiten und Bauaufträge auszuführen« (<https://www.gazeta.ru/business/2019/02/18/12192823.shtml>).

Die Finanzierungsstruktur der föderalen Wohnraumsanierung suggeriert auch einen Anschein von Freiwilligkeit und Unabhängigkeit vom Zentrum. Im Gegensatz zum Moskauer Sanierungsprogramm, das aus Steuermitteln finanziert wird, stützt sich das föderale Programm auch auf die Finanzmärkte. Die Gewinnung privater Investor:innen wird jedoch aufgrund der unterschiedlich entwickelten Wirtschaftsstrukturen der Regionen wahrscheinlich einen Zufluss von privatem Kapital aus dem Zentrum mit sich bringen, da nur wenige lokale oder regionale Unternehmen in der Lage sind, ähnliche finanzielle Angebote zu machen wie Investor:innen aus Moskau. Dies würde jedoch das Potenzial der Regionen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit weiter aushöhlen. So sind einerseits soziale Dienstleistungen (zu denen insbesondere auch der Wohnraum gehört) immer stärker von marktwirtschaftlichen Prinzipien (Wohnraumversorgung) und Kommerzialisierung (Bau-

wirtschaft) geprägt. Andererseits spielt der Staat durch die selektive Förderung von Projekten im Rahmen der nationalen Schwerpunktprogramme immer noch eine zentrale Rolle in der Stadtentwicklung. Es war eine der Strategien, dass die Machtvertikale bis Mitte der 2010er Jahre gestärkt werden sollte. In den letzten Jahren konkurrierten die Regionen und Kommunen darum, wer die *stolitschnaja praktika* auf regionaler und lokaler Ebene am erfolgreichsten umsetzt.

Es wäre nicht ganz korrekt, daraus zu schließen, dass die lokale Übernahme von *stolitschnaja praktika* von oben angeordnet oder nur durch reine Anordnung erreicht wird. Im Gegenteil, diese Praktiken finden durch positive Anreize Verbreitung: Dazu gehört, dass loyale Kader durch Bildungsinitiativen gefördert oder Richtlinien erarbeitet werden, die zur Umsetzung zwar empfohlen, aber rechtlich nicht verbindlich sind. Im öffentlichen Diskurs wird die Wohnraumsanierung als ein Projekt bezeichnet, das sowohl Kompetenzen als auch Entscheidungsspielraum auf die Regionen überträgt, obwohl das föderale Zentrum eine Reihe von Mechanismen einsetzt, um die Entscheidungen der Regionen von oben zu steuern. Diese Mechanismen sollen die kommunalen und regionalen Eliten davon überzeugen, dass ihnen am besten gedient ist, wenn sie die bevorzugten Praktiken des Zentrums imitieren. Indem die Regionen der Nachahmung unterworfen werden, werden ihre eigenen Möglichkeiten für alternative Entwicklungspfade weiter untergraben. Mit der Mischung aus teilweise widersprüchlichen Diskursen wie der wettbewerbsorientierten neoliberalen Eigenverantwortung versus den paternalistischen fürsorglichen Staat, den *best practices* des europäischen Urbanismus versus sowjetische Nostalgie, reagiert die *stolitschnaja praktika* auf den schwierigen polit-ökonomischen Kontext im heutigen Russland und schafft eine provisorische Lösung, um einen Ausgleich für die zunehmend divergierenden Forderungen der Eliten und der Bevölkerung zu finden.

Die Analyse basiert auf der Publikation »Governing through stolichnaya praktika: Housing renovation from Moscow to the regions«, die im März 2021 in Geoforum erschienen ist.

Über die Autorinnen

Daniela Zupan ist Juniorprofessorin für European Cities and Urban Heritage am Institut für Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar. Aktuell arbeitet sie zu zeitgenössischen Formen und Manifestationen des autoritären Urbanismus. Ihr neuester Artikel »De-constructing crisis: post-war modernist housing estates in West Germany and Austria« wurde in *Housing Studies* (2020), <https://doi.org/10.1080/02673037.2020.1720613>, veröffentlicht. Daniela Zupan hat einen Diplomabschluss in Architektur von der Technischen Universität Graz, einen Master in Slawistik von der Universität Graz und einen Dokortitel von der Universität Stuttgart.

Vera Smirnova ist Visiting Assistant Professor für Geografie und Politikwissenschaft an der Kansas State University. Sie ist Humangeografin, ihre wissenschaftlichen Interessen befinden sich an der Schnittstelle zwischen Stadtverwal-

tung, politischer Geografie und Traditionen des geografischen Denkens in Russland. Ihre jüngste Forschung beschäftigt sich mit der Erzeugung von Regimen von Privateigentum im postsowjetischen Raum und wurde unter anderem in *The Geographical Journal* (2020) und *Geographica Helvetica* (2019) veröffentlicht. Vera war Fulbright-Stipendiatin und hat einen Ph.D. in Planning, Governance, and Globalization von der Virginia Tech, USA.

Amanda Zadorian ist Postdoktorandin an der National Research University Higher School of Economics (HSE) in Moskau, Russland. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die politische Ökonomie. Am International Center for the Study of Institutions and Development der HSE schließt sie derzeit ihr Buchmanuskript über die politische Legitimität von Finanzrentierstaaten ab und ist Gastherausgeberin einer Sonderausgabe des *International Journal of Public Administration* über Staatskapitalismus. In Kooperation mit der Bauhausuniversität in Weimar arbeitet sie an einem neuen Projekt über zeitgenössischen autoritären Urbanismus. Amanda hat einen Ph.D. in Politik von der The New School for Social Research in New York, USA.

Bibliographie

- Büdenbender, M. und D. Zupan (2017). The evolution of neoliberal urbanism in Moscow, 1992–2015. *Antipode* 49 (2), S. 294–313.
- Frolic, B. M. (1976). The New Moscow City Plan. In M. F. Hamm (Ed.), *The city in Russian history* (S. 277–288). Lexington: University Press of Kentucky.
- Gel'man, V. und S. Ryzhenkov (2011). Local regimes, sub-national governance and the 'Power Vertical' in contemporary Russia. *Europe-Asia Studies*, 63(3), S. 449–465.
- Kinossian, N. und K. Morgan (2014). Development by Decree: The Limits of 'Authoritarian Modernization' in the Russian Federation. *International Journal of Urban and Regional Research*, 38(5), S. 1678–1696.
- Kwartal (2018). Prawila, kotorye ismenjat shisn k lutschemu. *Kwartal. Bjulleten gorodow Rossii, Kak priwletsch dengi w gorod*, 5–28. Abrufbar unter <https://sovnetmo.sakha.gov.ru/files/front/download/id/1794492>.
- Matveev, I., 2016, March 16. Russia Inc. Open Democracy. Abrufbar unter <https://www.opendemocracy.net/en/odr/russia-inc/>.
- Medvedev, I. (2017). Prawowye aspekty programmy renowazii Moskwyy. *Sakon*, S. 115–126.
- Sharafutdinova, G. und R. Turovsky (2017). The politics of federal transfers in Putin's Russia: regional competition, lobbying, and federal priorities. *Post-Soviet Affairs*, 33(2), S. 161–175.
- Strelka KB (2016). Swodnyj standart blagoustrojstwa uliz Moskwyy. Mos.ru. Abrufbar unter: https://www.mos.ru/upload/newsfeed/newsfeed/160927_book_standart_small_final.pdf.
- Zupan, D., V. Smirnova und A. Zadorian (2021). Governing through stolichnaya praktika: Housing renovation from Moscow to the regions. *Geoforum*, Band 120, S. 155–164.

Urbaner Aktivismus in Russland: »gewöhnliche« Bürger:innen, erfahrene Aktivist:innen und Gründe für vorsichtigen Optimismus

Anna Zhelnina (Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg)

DOI: 10.31205/RA.399.02

Zusammenfassung

Der Mythos von der politischen Passivität der Russ:innen ist überraschend langlebig, trotz vielzähliger Belege für das Gegenteil, und zwar sowohl auf nationaler wie auch auf lokaler Ebene. Der Beitrag befasst sich mit lokalem Aktivismus in den großen Städten Russlands. Dieser Typ des Aktivismus erfährt in den landesweiten Medien zwar weniger Aufmerksamkeit, doch sind es gerade die Versuche der Städter:innen, vor Ort gemeinsam ihr Leben zu gestalten und bei der Sanierung, Umgestaltung oder Neuentwicklung städtischer Flächen, die für die Nachhaltigkeit der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielen, eine Wahrung ihrer Interessen zu verlangen. Durch eine Beteiligung an lokalen Initiativen erwerben Städter:innen neue Fähigkeiten; darüber hinaus erzeugen sie neue politische Identitäten und soziale Verbindungen.

Proteste haben oft urbanen Charakter

Urbane soziale Bewegungen nehmen in der Politikwissenschaft und der Soziologie einen sonderbaren Platz ein. Sie sind als Forschungsprojekt beliebt, doch berücksichtigen Wissenschaftler:innen nicht immer ihren urbanen Charakter. Bisweilen halten sie lokale Proteste gar für nicht ausreichend »politisch« oder für zu geringfügig. Gleichzeitig hat der Umstand, dass diese Bewegungen und Initiativen aus dem Alltag der Städter:innen oder wegen städtischer Räume entstehen, die buchstäblich unweit des eigenen Heimes und den Stadtzentren liegen, einen erheblichen Einfluss auf das Mobilisierungspotenzial, auf ihre Zusammensetzung wie auch auf den Charakter ihrer sozialen und politischen Folgen.

Studien zu urbanen sozialen Bewegungen in unterschiedlichen nationalen und kulturellen Kontexten liefern regelmäßig Belege, dass Städter:innen gerade im Format konkreter lokaler Initiativen lernen, Instrumente der Bürgerpartizipation einzusetzen, und Aktivist:innennetzwerke aufzubauen, die nach Ende des jeweiligen Konflikts aktiv bleiben; ebenso entwickeln sie neue politische Identitäten und Sinnzusammenhänge. Im Kontext autoritärer Regime, in denen politische Partizipation mit einer Reihe Risiken verknüpft ist, kann lokaler Aktivismus das einzige annehmbare Format darstellen, in dem Bürger:innen ihre Forderungen vorbringen können. Städter:innen können lokale Konflikte als aufgenötigt wahrnehmen, weil sich die Mobilisierung oft aus Fragen ergibt, die in das Alltagsleben eingebettet sind und starke emotionale Reaktionen hervorrufen. Schließlich können die zivilgesellschaftlichen Fertigkeiten und Kontakte, die im Zuge urbaner Konflikte gewonnen werden, in andere Politikbereiche übertragen werden und damit die Grundlage für zivilgesellschaftliche Infrastrukturen bilden.

Unter den Bewegungen und Protesten in Russland nehmen urbane Konflikte einen bedeutenden Platz ein.

Nach Berechnungen des Politologen Andrej Semjonow sind auf städtischer Ebene angesiedelte Fragen der häufigste Grund, dass Russen kollektiv aktiv werden. Sie mobilisieren noch stärker als wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme oder Fragen des politischen Regimes. Das Team des Forschungsprojektes »Mechanismen des Interessenausgleichs bei Prozessen der Stadtraumentwicklung« (<http://urbanconflictsrussia.ru/>) hat auf der Grundlage einer eigens geschaffenen Sammlung von Medienpublikationen aus den Jahren 2012 bis 2016 über 8.000 Konflikte im Zusammenhang mit Stadtraumentwicklung identifiziert. Unter diesen Konflikten waren besonders häufig Proteste der städtischen Bevölkerung gegen Infrastrukturprojekte (24 %), gegen eine verdichtende Bebauung (23 %) und den Bau von Erholungsgebieten (21 %), was zusammen zwei Drittel der von uns analysierten Fälle ausmacht.

In den meisten Fällen, in denen es zu Meinungsverschiedenheiten und Protesten kam, betrafen die Konflikte Räume, die mit dem städtischen Alltag verbunden und Teil des Umfelds der städtischen Bevölkerung waren (Wohn- und Erholungsgebiete sowie Orte für Handel und Dienstleistungen). Das Besondere vieler dieser sozialen Bewegungen besteht darin, dass sie Menschen anziehen, die keine Erfahrung mit zivilgesellschaftlichem Widerstand haben, die erstmals als Akteure im politischen Bereich in Erscheinung treten und neue Aktivist:innennetzwerke errichten sowie ein neues Repertoire an Instrumenten für die politische Auseinandersetzung schaffen.

Formale und informelle zivilgesellschaftliche Infrastrukturen

Bürgerschaftliche Partizipation, zu der auch kollektives Handeln aus Anlass von Maßnahmen zur Stadtentwicklung gehört, erfordert nicht nur Motivation von Seiten der

Bürger:innen, sondern auch eine bestimmte Infrastruktur, nämlich Regeln, Ressourcen und Plattformen zur Interaktion, mit deren Hilfe die Akteure versuchen können, ihre Ziele zu erreichen. Die Infrastrukturen, über die die städtische Bevölkerung in Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden wird, können als zivilgesellschaftliche Infrastrukturen bezeichnet werden.

Gemäß der russischen Gesetzgebung steht den Bürger:innen des Landes eine ganze Bandbreite formaler, juristisch verankerter Instrumente der Partizipation zur Verfügung, die als formale zivilgesellschaftliche Infrastruktur bezeichnet werden können. Hierzu zählen Wahlen, Beteiligung an ehrenamtlichen Organisationen, kommunale Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Zusammenarbeit von Wohnraumeigentümer:innen, Bürgerhaushalte usw. Jüngste Studien zur Zivilgesellschaft zeigen, dass die formalen Strukturen durch informelle Netzwerke und Beziehungsstrukturen zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation – also durch informelle zivilgesellschaftliche Infrastruktur – ergänzt oder gar vollständig ersetzt werden. Hierzu gehören informelle Zusammenschlüsse, Netzwerke von Freunden und Bekannten, die sich gleichwohl auf die Schaffung und Bewahrung eines bestimmten allgemeinen Gutes konzentrieren. Ein wichtiges Element der informellen Infrastruktur sind die Bürger:innen selbst – Aktivist:innen und jene, die sie unterstützen –, die eine bestimmte Sicht auf ihren Platz in der städtischen Verwaltung und eine Vision ihrer Rechte und Möglichkeiten haben, auf ihre Umgebung Einfluss zu nehmen.

Die formale und die informelle zivilgesellschaftliche Infrastruktur sind einander nicht entgegengesetzt, sondern stellen vielmehr eine wechselseitige Voraussetzung für das jeweilige Funktionieren dar. So sieht die russische Gesetzgebung die Möglichkeit vor, sogenannte territoriale gesellschaftliche Selbstverwaltungen (russ.: *territorialnye obschtschestwennyje objedinenija*, TOS) einzurichten, die über ein recht breites Spektrum von Entscheidungsbefugnissen auf kommunaler Ebene verfügen. Diese formalen gesetzlichen Bestimmungen funktionieren jedoch nicht mit voller Kraft und erlauben es nicht, alle in ihnen angelegten Befugnisse und Möglichkeiten zu realisieren, wenn sie nicht durch informelle Verbindungen in der städtischen Bevölkerung unterfüttert sind. Denn sie sind in einen politischen Kontext eingebettet, der durch fehlendes soziales Vertrauen und Misstrauen gegenüber den Behörden geprägt ist. Darüber hinaus wird auch ein formal verankertes und obligatorisches Element bei Stadtentwicklungsmaßnahmen wie die öffentliche Anhörung oft nur abgehalten, um sie »abzuhaken«, nämlich ohne, dass eine vollwertige Informierung der Einwohner erfolgt.

Allerdings können selbst derart formalistische Bühnen durch eine Mobilisierung der städtischen Bevölkerung sowie deren Aktivität mit Sinn gefüllt werden. So können Aktivist:innen sich vorbereiten und ein forma-

les Verfahren wie eine öffentliche Anhörung zu einem umstrittenen Projekt in eine wichtige öffentliche Aktion verwandeln, die die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zieht, und die die für eine Mobilisierung und Bindung neuer Anhänger:innen notwendigen Emotionen erzeugt. Dies gilt auch dann, wenn Beschlüsse der öffentlichen Anhörung nur Empfehlungscharakter haben sollten.

Ein anderes Beispiel für eine harmonischere wechselseitige Bereicherung und Untermauerung der formalen und der informellen Infrastruktur von Bürgerpartizipation ist das sich stark entwickelnde Instrument der Bürgerhaushalte. Diese Form der Bürgerbeteiligung ist in vielen Ländern auf Initiative von Graswurzelbewegungen formal verankert worden. In Russland werden insbesondere in St. Petersburg zur Entwicklung und Verankerung der Ideen, die hinter Bürgerhaushalten stehen, urbane Aktivist:innen rekrutiert, die über Erfahrung in der Formulierung von Forderungen oder der Umsetzung städtischer Projekte verfügen.

Unterschiede zwischen den Städten

Ein großer Teil der formalen Instrumente zur Bürgerbeteiligung wird in Russland durch die Gesetzgebung auf föderaler Ebene geregelt, beispielsweise durch die Gesetzbücher für den Städtebau und das Wohnungswesen, die in allen Regionen des Landes gelten. In jeder Stadt bilden sich jedoch einzigartige Konfigurationen von Akteur:innen und Plattformen heraus, auf denen sich die Zusammenarbeit zur Stadtentwicklung entwickelt. Jede Stadt hat ihre eigene Konfiguration informeller Beziehungen und zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen, die sich erheblich darauf auswirken können, wie die städtische Politik verfolgt wird und Konflikte in der Stadt gelöst werden.

Im Rahmen des Forschungsprojektes »Mechanismen des Interessenausgleichs bei Prozessen der Stadtraumentwicklung« wurde in Ergänzung zur statistischen Erfassung urbaner Konflikte die Situation in sechs russischen Millionenstädten analysiert, nämlich in Moskau, St. Petersburg, Kasan, Nischnij Nowgorod, Samara und Nowosibirsk. Eine tiefgreifende Analyse von Medienberichten sowie Interviews mit jenen, die an urbanen Konflikten beteiligt waren (sowohl mit Aktivist:innen wie auch mit Vertreter:innen der Verwaltung und von Stadtentwicklungsunternehmen), haben es uns erlaubt, in jeder der sechs Städte den spezifischen Aufriss der städtischen politischen Arena zu erkennen.

Eines der interessanten Merkmale der Transformationsprozesse in jeder der Städte steht mit den jeweiligen Initiator:innen umstrittener Projekte in Verbindung. So wurden beispielsweise in Moskau in 23 der 44 von uns analysierten Fälle die Projekte, die zu den Protesten führten, von Bürokrat:innen vorangetrieben. Gleichzeitig drehten sich in St. Petersburg die meisten der untersuchten Konflikte um Projekte von Unternehmen (27 von 44). In Moskau hatte die Nähe des Zentralhaushalts

und der Entscheidungszentren Einfluss auf die Dimensionen der Projekte und die Aggressivität, mit der die Initiator:innen vorgehen. In diesem Fall können wir von dem wohlbekanntem Phänomen sprechen, dass unternehmerische Strukturen mit den Behörden verwachsen. Diese Konfiguration starker Akteur:innen, die ein Projekt vorantreiben, erschwert stark die Arbeit von Aktivist:innen oder blockiert gar gänzlich jegliche Versuche der Bevölkerung, in irgendeiner Weise Einfluss auf den Gang der Ereignisse zu nehmen. Bei den Interviews haben erfahrene Moskauer Aktivist:innen diese Konstellation oft erwähnt und dabei betont, dass Korruption und informelle Absprachen der Moskauer Bürokrat:innen die Erfolgsaussichten der Aktivist:innen stark reduzieren. Interessanterweise wurde dieses Thema in St. Petersburg seltener angesprochen, da dort Vertreter:innen der Verwaltung weniger häufig als Hauptinitiator:innen umstrittener Projekte in Erscheinung traten. Allerdings können wir dort ein informelles Interesse der Bürokrat:innen an Projekten natürlich auch nicht ausschließen.

Der Unterschied zwischen der Verstrickung von Bürokrat:innen in Projekte zur städtischen Transformation in Moskau und in St. Petersburg schafft für Versuche von Aktivist:innen, auf den Gang der Ereignisse einzuwirken, einen wichtigen Kontext. In Moskau ist es viel schwieriger, sich den Vertreter:innen der Bürokratie entgegenzustellen: Unseren Daten zufolge wird der überwiegende Teil der Projekte, die von Bürokrat:innen initiiert oder unterstützt werden, unverändert umgesetzt. Unsere Gesprächspartner:innen meinten auch, es sei in Moskau mit Bauherren einfacher, die mit lokalen Aktivist:innen und Abgeordneten in einen Dialog treten, als mit Vertreter:innen der städtischen Behörden, die in der Meinung der Bevölkerung vor Ort praktisch taub seien. Im Vergleich hierzu sind in St. Petersburg Projekte, die von Bürokrat:innen vorangetrieben wurden, in mehreren Fällen aufgrund von Forderungen der Bürger:innen aufgegeben oder stark modifiziert worden.

Folgen von Mobilisierung

Neben dem Mythos von der Passivität der Russ:innen ist auch die Vorstellung recht verbreitet, dass Proteste in Russland sinn- und wirkungslos seien. Aus unseren Daten geht jedoch hervor, dass lokale Proteste Ergebnisse zeitigen können, nämlich die Aufgabe oder wenigstens eine erhebliche Modifizierung eines umstrittenen Projekts (in rund der Hälfte der Fälle). In 30 Prozent der analysierten Fälle wurde das angekündigte Projekt, das für den Unmut der Bürger:innen gesorgt hatte, unverändert umgesetzt, und in 13 weiteren Prozent der Fälle wurden kleinere Veränderungen vorgenommen. Gleichzeitig wurden in 29 Prozent der Fälle Projekte gänzlich aufgegeben und in 16 Prozent der Fälle erheblich verändert (z. B. an einen anderen Ort verlegt, in der geplanten Bauhöhe geändert usw.).

Hier lässt sich auch der Unterschied zwischen den verschiedenen städtischen Kontexten feststellen. Bei einem Vergleich von Moskau und St. Petersburg wiederum können wir erkennen, dass die städtischen Proteste in St. Petersburg öfter etwas erreicht haben als die in der Hauptstadt. In Petersburg wurde die Hälfte der Projekte aufgegeben, ein weiteres Drittel wurde modifiziert. In Moskau ist die Situation spiegelverkehrt: Fast die Hälfte der Projekte wurde hier unverändert umgesetzt. Eine der möglichen Erklärungen liegt in der Menge der Ressourcen, auch der finanziellen, die bei Sanierungs- oder Entwicklungsprojekten eingesetzt werden. Relevant ist hier auch der Umstand, dass die Beamten in Moskau über starke Machthebel verfügen, und dass bei den Transformationsprojekten in der Hauptstadt auch Akteur:innen der föderalen Ebene involviert sind.

Aber auch die Charakteristika der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sollten nicht ignoriert werden. So zeigt unsere Analyse, dass auch die Eigenheiten der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur von Bedeutung sind. Eine interessante Besonderheit der Proteste in St. Petersburg bestand darin, dass sich ihnen in dem von uns untersuchten Zeitraum oft eine breite Koalition von Akteur:innen anschloss: Vertreter:innen verschiedener gesellschaftlicher Organisationen und Aktivist:innen-Netzwerke schließen sich zusammen, um die Protestierenden bei einer konkreten Auseinandersetzung zu unterstützen, sie mit einflussreichen Abgeordneten zusammenzubringen, die in diese Netzwerke involviert sind, und die Richtung des Vorgehens zu weisen. In Moskau gehen die Bewohner:innen öfter selbständig vor oder suchen bestenfalls die Hilfe engagierter Aktivist:innen unter den lokalen Abgeordneten.

Man kann davon ausgehen, dass es in St. Petersburg eine besondere Geschichte der Verteidigung der städtischen Struktur gibt, die die Grundlage für eine lebendige und engagierte zivilgesellschaftliche Infrastruktur geschaffen haben. Hierzu gehören lange, ausgedehnte Proteste gegen den Abriss historischer Gebäude und Neubauten im Stadtzentrum, aber auch die Verbindungen zwischen den Menschen und auch öffentliche Ressourcen, derer sich beginnende Aktivist:innen bedienen können, beispielsweise Gruppen und Seiten in sozialen Netzwerken. Bei den von uns untersuchten Fällen in St. Petersburg – dem Kampf gegen eine Bebauung des Malinowka-Parks, gegen den Abriss des Umspannwerks Nr. 11 (*»Blokadnaja podstanzija«*), dem Konflikt um die Westtangente (einer gebührenpflichtigen Autobahn) – sind die wichtigsten Aktivist:innen vor den Protesten miteinander bekannt gewesen, was die Mobilisierung beschleunigte und die Zusammenarbeit erleichterte. Darüber hinaus fechten erfahrene Aktivist:innen und Expert:innen umstrittene städtebauliche Projekte ohne Beteiligung der »einfachen« Bevölkerung

vor Ort an, insbesondere im Bereich der Wahrung des historischen Erbes.

In Nischnij Nowgorod ermöglicht ebenfalls die Präsenz eines dichten Netzwerks aus Aktivist:innen und Expert:innen, die für die Bewahrung des historischen Erbes in der Stadt eintreten, dass sie auf entstehende Gefahren für die historische Bausubstanz schnell reagieren können. Allerdings trifft in Nischnij Nowgorod der Schutz historischer Gebäude vor dem Abriss – anders als die viel aufsehenerregenden ökologischen Probleme – nicht immer auf das gleiche Verständnis und die Unterstützung der »gewöhnlichen« Bevölkerung; ohne diese Unterstützung wird sogar die Arbeit derart aktiver, engagierter zivilgesellschaftlicher Netzwerke erschwert. Diskurse, Vorstellungen, Werte und anderen Elemente der Weltanschauung stellen ebenfalls ein notwendiges Instrument der Bürgerbeteiligung dar. Im Unterschied zu St. Petersburg, wo das Bewusstsein über den Wert des historischen Erbes recht verbreitet ist, haben Aktivist:innen in Nischnij Nowgorod in Gesprächen hervorgehoben, dass die Einwohner:innen ihrer Stadt historische Gebäude eher als »Krempel« betrachten, denn als Werte.

Alle diese Merkmale – das Bestehen von Aktivist:innen-Netzwerken, öffentlichen Plattformen zum Austausch von Nachrichten und Erfahrungen, das Kursieren bestimmter Werte und Ideen im städtischen Diskurs – sind für den Erfolg urbaner sozialer Bewegungen von grundsätzlicher Bedeutung. Sie sind allerdings auch ein potenzielles Resultat lokaler Initiativen. Immer wenn es zu einer Mobilisierung kommt, selbst wenn die Protestierenden ihre unmittelbaren Ziele nicht erreichen, ändert das vieles: Die Beteiligten lernen sich kennen, begegnen erfahrenen Aktivist:innen und sympathisierenden Politiker:innen und stellen fest, welche Vorgehensweisen mehr bzw. weniger wirksam sind. Wichtig ist auch, dass im Zuge der Mobilisierung auch neue Werte, Ideen und soziale und politische Identitäten entwickelt werden können.

Über die Autorin

Anna Zhelnina ist promovierte Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften – Filiale des Föderalen soziologischen Forschungszentrums der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Lesetipps

- Semjonow, Andrej: Protestaktivität in Russland 2012–2013 [russ.], in: *Soziologitscheskije Issledowanija*, 2018, Nr. 11, S. 53–63; http://socis.isras.ru/files/File/2018/2018_11/Semenov.pdf.
- Zhelnina, Anna; Jelena Tykanowa: Zivilgesellschaftliche Infrastruktur: Aktuelle Forschungen zum lokalen urbanen Aktivismus in Russland [russ.], in: *Shurnal Soziologii i Sozialnoj Antropologii*, 22.2019, Nr. 1, S. 162–92; http://jourssa.ru/sites/all/files/volumes/2019_1/Zhelnina_Tykanova_2019_1.pdf.
- Schewzowa, Irina; Wsewolod Bederson: Der Standpunkt des Regimes lautet: Schweigen – Interaktion von Initiativgruppen und lokalen Behörden bei der Stadtplanung [russ.], in: *Polititscheskaja Nauka*, 2017, Nr. 4, S. 111–36; http://inion.ru/site/assets/files/2283/shevtcova_bederson_2017.pdf.

Durch diese Effekte der Beteiligung an einem gemeinsamen Vorgehen können selbst Aktionen, die nicht zum Erfolg führen, die Grundlage für ein wirksameres Vorgehen in der Zukunft legen. Gewöhnlich heben Aktivist:innen die Bedeutung von solchen prägenden Momenten hervor, die für sie einen Wendepunkt markieren. So meinten beispielsweise unsere Gesprächspartner:innen in Moskau, ein Beispiel für einen solchen Wendepunkt sei der aktive und erfolgreiche Kampf gegen die Demontage des Schuchow-Turms 2014 gewesen. Der hatte den Behörden und den Baufirmen gezeigt, dass eine Attacke auf Objekte des historischen Erbes sich zu einem langwierigen und ressourcenfressenden Ringen mit den Bürger:innen wandeln kann.

Betrachtet man die Entwicklung des urbanen Aktivismus in den Städten Russlands, lässt sich ein allmähliches Anwachsen zivilgesellschaftlicher Infrastruktur feststellen: Erfahrung und Kenntnisse in den Reihen der Aktivist:innen, Aktivist:innen-Netzwerke und gesellschaftlichen Organisationen haben zugenommen. Es sind Werte und Diskurse entstanden, die für die Partizipation der Bürger:innen an der städtischen Politik unabdingbar sind. Darüber hinaus hat eine Protestaktivität in der Stadt Einfluss auf das Verhalten der Behörden, die dann bei der Planung der Stadtentwicklung beginnen, aufgrund der bisherigen Erfahrungen das Widerstandspotenzial zu berücksichtigen. Manchmal »treffen« sich formale und informelle zivilgesellschaftliche Infrastruktur und ergänzen einander auf konfliktfreie Weise. Öfter jedoch müssen die Menschen in der Stadt viel Arbeit leisten und um ihre Rechte kämpfen, damit sie erhört werden.

Der Beitrag stützt sich auf Materialien des Forschungsprojektes »Mechanismen des Interessenausgleichs bei Prozessen der Stadtraumentwicklung« (<http://urbanconflictsrussia.ru/>).

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Das Moskau-Experiment

Maria Kuwschinowa (Colta.ru, Moskau)

Einleitung Dekoder

Wer Moskau noch aus den frühen 2000er Jahren kennt, wird staunen: Das Moskau unter Bürgermeister Sergej Sobjanin ist heute ein ganz anderes als damals. Die Kioske vor den Metrostationen sind weg, mitten in der Innenstadt sieht man auch Radfahrer, der Gorki-Park hat sich vom runtergerockten Rummelplatz zum hippen Großstadtpark mit einem Museum für moderne Kunst, Bühnen und mehreren Spielplätzen verwandelt. Unweit vom Roten Platz am Ufer der Moskwa, wo früher das Hotel Rossija war, blühen nun im neu angelegten Sarjadje-Park Blumen und Bäume aus sämtlichen russischen Vegetationszonen.

Ist doch schön? Maria Kuwschinowa spaziert auf Colta durch »eine Stadt der Trugbilder«.

Moskau – die Stadt der Trugbilder?

Wenn man spät nachts nach langer Reise und langer Abwesenheit die Twerskaja hinunterfährt, scheint es, als gleite man einen blankgeputzten, weiß schimmernden menschlichen Schädel hinab. Alles Organische – alles, was atmet, duftet, geboren wird, stirbt, alles, was lebt – ist ausgerottet und beseitigt, stattdessen haben sich überall phosphoreszierende Chimären breitgemacht.

Unter Sobjanin hat sich Moskau in eine Stadt der Trugbilder verwandelt, wo die halluzinogene experience selbst dem Abstinenzler an jeder Ecke auflauert: Im Minutentakt schießen wie Pilze neue Metrostationen aus dem Boden; gleich kosmischem Staub hat sich über Nacht neben dem Kreml der Sarjadje-Park niedergelassen; die Stadt dehnt sich mit der Geschwindigkeit eines aggressiven Krebsgeschwürs aus. Plötzlich – ein gigantischer Filzstiefel mitten auf einer Hauptstraße, ein Aufmarsch von Kreuzzüglern auf dem Boulevard; in jeder Seitenstraße der Goldenen Meile ein Wachmann, das Passwort, das du sagen musst, lautet: »Es gibt keinen Gott«, denn sie bewachen die Warteschlange vor den Reliquien, damit sich keiner vordrängelt.

Phosphoreszierende Chimären

Die verzweifelte Suche nach einem Parkplatz, das tägliche mehrstündige Manöver zur Verpflanzung der Kinder auf das gegenüberliegende Ufer des Prospekts. Der störungsfrei funktionierende Separator, der den Pöbel mit einem Einkommen unter 200.000 Rubel im Monat [ca. 2.500 Euro – dek] aus dem historischen Zentrum verdrängt. Das alles zusammen heißt: »Seht nur, wie schön Moskau unter Sobjanin geworden ist.«

Über den universellen Hauptstadtnobismus und die spezifischen Arroganz gegenüber den SaMKADowzy hinaus – der neue Moskauer hat sich, selbst wenn er mit den Veränderungen nicht einverstanden ist, mittlerweile daran gewöhnt, sich täglich in einer Situation des Absurden wiederzufinden, die ein Außenstehender kaum ertragen würde. Das Absurde kann nicht anders, als das Bewusstsein zu beeinflussen, es formatiert das Bewusstsein; und schon wird der Blick deines alten Bekannten gla-

sig, und er sagt: »Wieso, die Sachen von WkusWill haben mir die importierten Nahrungsmittel komplett ersetzt.«

Urbanistische Karzinogenese

Es ist bereits festgestellt worden, dass die Testversion unter Kapkow und dann auch die umfassende urbanistische Karzinogenese unter Sobjanin eine Antwort auf die Bolotnaja-Proteste gewesen seien – auf die Unzufriedenheit der Mittelschicht auf die Stagnation der Medwedewschen »Modernisierung«. Als Reaktion auf die Karnevalsproteste wird jetzt das ganze Jahr über fieberhaft und unaufhörlich Karneval gefeiert.

Ihre Bewohner unterhaltend und ablenkend, erfüllt die Stadt, die mit der Zeit neu verpackt und zur Vitrine des putinistischen Russland gemacht worden ist, mittlerweile eine weitere wichtige Funktion für die Bewahrung des Status quo: Moskau, das auf Kosten des gesamten Landes existiert, entzieht den Regionen nicht nur die natürlichen Ressourcen, sondern auch die menschlichen, die ambitioniertesten und talentiertesten – damit deren Energie in die Produktion von blutleeren Chimären einfließen kann. Rein formell ist das noch immer derselbe Deal, den ein gewöhnlicher zentralistischer Staat seinen Bürgern anzubieten hat: ein Umzug in die Hauptstadt im Tausch gegen Geld und Möglichkeiten, die man in der Provinz nicht hat.

Doch im Grunde macht das heutige Moskau, das sich im Herzen des heutigen Russland befindet, ein anderes Angebot: Es bietet Status und verlangt dafür die freiwillige Abkehr von der Produktion von Inhalten. Du kannst »Kurator« werden, »Regisseur«, »Journalist«, »Micro-Influencer« (jemand, der sein Essen und seine Klamotten, die er von Werbekunden bekommt, fotografiert und in sozialen Netzwerken postet), »Mitarbeiter bei Yandex«, »Drehbuchautor«, »Guest-Manager« (jemand, der Geld dafür bekommt, dass er seine Micro-Influencer-Freunde persönlich zu Partys einlädt), »Künstler«, »Promoter« – die Liste ist lang. Du wirst etwas haben, das du auf deine Visitenkarte schreiben kannst, ein Gehalt und eine Krankenversicherung, du wirst von einer Stelle zur nächsten gehen und deinen Triumph auf Facebook teilen, aber Gott bewahre, dass du einen Fuß

dahin setzt, wo ein auch nur ein ansatzweise sinnvolles Gespräch über Gegenwart und Zukunft stattfinden könnte.

Kultur in Moskau – das ist, wenn Menschen, die 700 Rubel [9 Euro – dek] Eintritt gezahlt haben, sich auf der Strelka oder im Garash den letzten Hit aus Cannes ansehen, der niemals auf die Leinwände anderer Städte kommen wird, weil die politische und wirtschaftliche Zensur den unabhängigen Verleih zu Grunde gerichtet hat. Aber du kannst zehn mal das Garash sein, nie im Leben wirst du Loznitsas Donbass zeigen dürfen, denn die Frage nach dem Grenzzustand des postsowjetischen Menschen und des postsowjetischen Raums darf weder ernsthaft noch laut gestellt werden.

Sobjanins Wahlkampfleiter Konstantin Remtschukow erzählt etwas von einer globalen Konkurrenz der Metropolen, in der die erneuerte russische Hauptstadt auf Augenhöhe mit New York, Paris und London figurieren würde. Und vergisst dabei, dass New York, Paris und London Ideen für die ganze Welt produzieren, während Moskau, umzingelt von eingebildeten Feinden und einem real ausgebluteten Land, nicht einmal hybride Propaganda of international fame produziert, weil die Trolle von Olgino

woanders sitzen (in den letzten vier Jahren wurde die russische Staatsbürgerschaft auf Basis der Quote für »gesuchte Fachkräfte« ganze zwölf Mal erteilt). Das einzig nennenswerte popkulturelle Phänomen der vergangenen Jahre – die Rap-Battles – kam in Krasnodar auf und donnerte durch St. Petersburg; Moskau hatte dafür weder genug Energie noch Kompromisslosigkeit noch innere Freiheit.

Das, was von Zeit zu Zeit aus diesem hermetisch abriegelten elektrisch-sauren Universum nach außen dringt – Ausgaben in Millionenhöhe für Sobjakuras (Plastikbäume in Kübeln) oder das Olympiastadion, bis oben hin gefüllt mit Leuten, die das Monats- oder gar Jahresgehalt eines Durchschnittsverdieners für einen Abend in Gesellschaft eines Motivationstrainers zahlen –, ruft im Rest des Landes nur banges Unverständnis hervor. Der einstige Neid auf das Geld und die Möglichkeiten der Hauptstadt weicht nämlich langsam der Angst, man könnte sich noch am Moskauer Wahnsinn infizieren.

Übersetzung (gekürzt) von Jennie Seitz

Stand: 04.10.2018

Über die Autorin

Maria Kuwschinowa ist eine russische Journalistin und Kinokritikerin.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

Am 24. Februar 2021 fand im Deutschen Bundestag eine öffentliche Anhörung zum Thema »Entwicklung der Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen« im Rahmen der 107. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie statt. Im Folgenden werden einige ausgewählte Stellungnahmen von geladenen Sachverständigen angeführt. Alle eingereichten Stellungnahmen und die Videoaufzeichnung der Sitzung sind auf der Seite des Deutschen Bundestages unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484> abrufbar.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Stellungnahme: »Entwicklung der Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen«

Univ.-Prof. Dr. Katharina Bluhm (Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin)

Wenn wir uns aus sozialwissenschaftlicher Distanz die deutsche Diskussion über die Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen anschauen, so fällt zunächst auf, dass ständig inkommensurable Argumente gegeneinander ausgespielt werden: Das Anführen von Wirtschaftsinteressen (deutsche und europäische) wird mit moralischer Verantwortung gekontert oder mit divergierenden geostrategischen Positionen usw. Sicher kann man die einzelnen Argumente nicht perfekt voneinander trennen, aber wenn man anerkennt, dass sie auf unterschiedlichen Ebenen liegen, kann man sie gegeneinander abwägen und bewusst entscheiden, welchen man den Vorrang gibt. Was aber in dem öffentlichen Schlagabtausch ganz und gar zu kurz kommt, ist *erstens* eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der europäischen und deutschen Russlandpolitik. *Zweitens* werden kaum die langfristigen Konsequenzen für Europa, für Deutschland und auch für Russland geprüft.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sind an einem Tiefpunkt. Nimmt man die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Russland als Indikator, so haben sie sich von der Finanzmarktkrise nicht nur nicht erholt, sie sind vielmehr weiter rückläufig. Aber noch immer ist Deutschland zusammen mit der EU, insbesondere mit Westeuropa, der Hauptinvestor in Russland, vor allem im verarbeitenden Gewerbe und bei Dienstleistungen. Noch immer ist die EU-27 Russlands wichtigster Handelspartner. Die Frage lautet also – wie weiter?

Bei uns wie in Russland gibt es starke Kräfte, die für einen Abbruch der Beziehungen plädieren. Kann man mit diesem repressiven Regime Wirtschaftsbeziehungen pflegen oder sie sogar vertiefen? Macht man sich nicht zum Spielball geostrategischer Kalküle dieses Landes? Ist es nicht moralisch verwerflich? Auch auf russischer Seite agieren politische Kräfte, die seit langem eine endgültige Abkehr Russlands von Europa fordern. Die Reduktion der Abhängigkeit vom Öl- und Gasexport durch eine langfristige Reindustrialisierungs- und Innovationsstrategie ist seit langem das große Thema in den Elitenkonflikten. Teile dieser Eliten würden ein Moratorium auf Nordstream II mit einem Achselzucken hinnehmen; sie hatten schon die Sanktionen des Westens gegen bestimmte Branchen begrüßt, weil sie endlich die russische Regierung gezwungen sahen, sich der Entwicklung des Binnenmarktes zuzuwenden und protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Zudem liegen die Zukunftsmärkte ohnehin in Asien. Ein Moratorium kann die russische Regierung nicht zu Zugeständnissen zwingen.

Ich plädiere in dieser hitzigen Debatte für ein Abwägen der unterschiedlichen Argumente im Lichte einer langfristigen *europäischen* Strategie und für einen Neuansatz. Dabei sollten folgende Punkte bedacht werden:

1. Russland bleibt unser geographischer Nachbar, wie auch immer es sich selbst definiert, als eigene Zivilisation oder Teil der europäischen Kultur. Dies sollte bei allen Entscheidungen im Blick bleiben. Weder ökonomisch noch geostrategisch liegt ein neuer Eiserner Vorhang im europäischen Interesse. Er löst keinen der ungelösten Konflikte. Ohnehin glaubt offenbar ein großer Teil der russischen Elite, in einer militärischen Festung zu sitzen, deren Mauern gen Europa gerichtet sind – während man von »Weltmacht zu Weltmacht« mit den USA zu verhandeln bereit ist.

2. Wir können die Konflikte nicht aussitzen und darauf warten, dass sie mit der nächsten Regierung verschwinden. Die Vorstellung, Russland wird von einer kleinen Gruppe von Okkupanten beherrscht, die irgendwann von dort vertrieben wird und Russland auf den »normalen« Weg der demokratischen Entwicklung zurückkehrt, verkennt die Wirkmächtigkeit des entstandenen politischen und institutionellen Systems. Im optimistischsten Falle wird ein Machtwechsel als Kompromiss mit einem Teil der bestehenden Elite erfolgen; wahrscheinlicher ist, dass die jetzige Elite einen Nachfolger bestimmt. Welche Richtung dieser dann einschlägt und wie weit sich das Regime ändert, ist völlig offen – zumal China kein Interesse daran, dass Russland »Teil des Westens« wird. Wäre es nicht an der Zeit, im historischen Rückblick noch einmal zu analysieren, was für und gegen Brandts Ostpolitik sprach?

3. EU und Deutschland müssen anerkennen, dass mit der EU und der Eurasischen Union zwei konkurrierende ökonomische Integrationsprojekte auf dem europäischen Kontinent existieren. Eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, in der die EU die Regeln definiert, ist ebenso wenig eine Lösung wie eine überheblich klingende »Technologiepartnerschaft«, die dankend abgelehnt wurde. Man muss sich also langfristig Gedanken machen, wie man konstruktiv zum Nutzen beider mit den zwei Integrationsprojekten umgeht. Nordstream II ist ein wichtiger Teil einer solchen Strategie geworden, ob man das Projekt gutheißt oder verurteilt.

4. Wirtschaftssanktionen sind kein geeignetes Mittel der Demokratieförderung. Wer so noch immer argumentiert, betreibt »wishful thinking«. Demokratieförderung von außen ist nur in historisch außerordentlichen Konstellationen und mit massiven Investitionen gelungen (Japan, Deutschland). Zudem bedienen diese Sanktionen das Narrativ des feindlichen Auslands, gegen das man zusammenrücken muss. Wirtschaftssanktionen treffen vor allem die russische Bevölkerung, die ohnehin schon massiv gegen den »Westen« aufgehetzt ist. Sie führen bestenfalls zu sozialen und ökonomischen Protesten, die Repression und Instabilität steigern. Wirtschaftssanktionen werden daher auch von der Opposition nicht gefordert, sondern personenbezogene Sanktionen.

5. Wir sollten auch die Resilienz des Systems nicht unterschätzen. Zwar gehen seit 10 Jahren die Reallöhne und die Kaufkraft der russischen Bevölkerung nach den Boomjahren wieder zurück, doch verfügt Russland dank des Reservefonds, einer strikten Haushaltspolitik, einer geringen Staatsverschuldung und niedriger Einkommens- und Vermögenssteuern über Puffer, um die nächsten Krisen zu überstehen.

6. Eine weitere Verhärtung der Situation wird die Ukraine nicht befrieden. Gerade die Ukraine würde von einer Auflösung der Konkurrenz der zwei Integrationsprojekte profitieren. Konkrete Kooperationsprojekte unterhalb der großen politischen Bühne, die Mittel- und Osteuropa mit einbinden, könnten zur Überwindung der Sackgasse beitragen.

Die Stellungnahme wurde im Vorfeld der Anhörung zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen am 24. Februar 2021 im Ausschuss für Wirtschaft und Energie auf <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484> veröffentlicht. Dort sind ebenfalls weitere Stellungnahmen und das Video der gesamten Anhörung abrufbar.

DOKUMENTATION

Stellungnahme: »Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«

Michael Harms (Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Berlin)

1. Deutsch-Russischer Handel / EU-Russischer Handel

Im Jahr 2020 haben sich sowohl die Corona-Krise als auch die politischen Konflikte auf die deutsch-russischen Handelszahlen ausgewirkt. Der deutsch-russische Handel ist im letzten Jahr mit 45 Milliarden Euro (minus 22 Prozent) auf den niedrigsten Stand seit 2005 gefallen. Dabei gingen die Exporte von Deutschland nach Russland weniger stark zurück (-13,2 Prozent) als die Einfuhren aus Russland nach Deutschland (-30,5 Prozent). Dies liegt einerseits an Niedrigpreisen im Rohstoffsektor, bedingt durch die sinkende Nachfrage in Corona-Zeiten. Andererseits ist aber ein langfristiger Trend erkennbar, der mit den Wirtschaftssanktionen und den zunehmenden politischen Konflikten 2014 in Gang gekommen ist. Im deutschen Außenhandel ist Russland als Handelspartner von Platz 13 auf Platz 14 abgerutscht. Die Zahl deutscher Unternehmen in Russland ist von einst 6.800 auf unter 4.000 gefallen. Die Zusammenarbeit im Energiebereich ist weiterhin von großer Bedeutung, wird durch die Diskussionen um Nord Stream 2 aber zunehmend in Frage gestellt. Insgesamt sind Russlands Handelsvolumina mit fast allen anderen wichtigen Partnern zurückgegangen. Auch der EU-Russland-Handel war 2020 auf dem niedrigsten Stand seit 2005. Ebenso ist der Handel mit China betroffen. Hier sanken die Umsätze im Jahr 2020 um knapp sieben Prozent auf 104 Milliarden US-Dollar.

China gewinnt für Russland zunehmend an Bedeutung. Deutschland ist zwar immer noch die Nummer 2 unter den russischen Außenhandelspartnern, aber der russisch-chinesische Handel liegt inzwischen bei dem 2,5-fachen des Handels mit Deutschland. Russland forciert Energieprojekte mit China (LNG-Lieferungen und Pipelines). Mit einer weiter schwindenden Abhängigkeit Russlands vom europäischen Markt gehen auch politische Einflussmöglichkeiten verloren.

2. Fact Sheet: Sanktionen, Nord Stream 2

Seit Monaten steht die Gaspipeline Nord Stream 2 unter medialem und politischem Druck. Die US-Regierung unter Donald Trump verhängte noch kurz vor ihrem Ende Sanktionen gegen ein russisches Verleageschiff und drohte europäischen Unternehmen über ihre US-Botschaften direkt mit Sanktionen. Einige Unternehmen aus der Schweiz, Dänemark, Norwegen und Deutschland sind daher im Januar aus dem Projekt ausgestiegen. In Europa werden die US-Eingriffe in die EU-Souveränität zwar abgelehnt, gleichzeitig fordert u. a. das EU-Parlament einen Baustopp, um damit auf die Verhaftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny zu reagieren. Am 22.2. will die EU über neue Russlandsanktionen beraten.

Gelingt die Fertigstellung des Projektes Nord Stream 2 und die Diversifizierung der Pipeline-Lieferwege nicht, drohen höhere Beschaffungskosten für Erdgas für die europäische Wirtschaft. Mit Nord Stream 2 würde geltendes Investitionsrecht gebrochen und ausgerechnet der modernste und umweltfreundlichste (weil kürzeste) Lieferweg für Erdgas blockiert. Zudem würde eine Pipeline blockiert, die mehr als alle anderen Pipelines mit Wasserstoff befüllt werden könnte. Immer neue Sanktionsrunden engen generell die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein, gerade auch für den exportorientierten deutschen Mittelstand.

Positionierung:

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung für Nord Stream 2, gegen eine Politisierung europäischer Investitionsregeln und gegen den Verlust europäischer Energiesouveränität eintritt. Mit der neuen US-Regierung unter Präsident Biden sehen wir eine Chance für einen Kompromiss. Denkbar ist z. B. dass die Ukraine als Ersatz für entgangene Transiteinnahmen stärker in den europäischen Green Deal integriert wird und zu einem Produzenten erneuerbarer Energie wird.

Es wird aktuell eine Abschaltautomatik für die Pipeline diskutiert. Dies wäre ein politischer Eingriff in Verträge. Wir lehnen einen solchen Eingriff ab. Ähnliche »Abschaltautomatiken« könnten dann auch Wirtschaftspartner wie China gegen deutsche Unternehmen einsetzen. Außerdem ist nicht erkennbar, wie Russland Nord Stream 2 als Waffe einsetzen könnte: Die russische Wirtschaft lebt vom Rohstoffhandel und die Ukraine und Polen können inzwischen vollständig mit Erdgas aus anderen europäischen Ländern versorgt werden.

3. Ausblick 2021: Wichtige Initiativen

Der Ost-Ausschuss wird weiterhin den Blick auf die Gemeinsamkeiten, die großen ökonomischen Möglichkeiten und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit richten. Mit dem Start zweier neuer deutsch-russischer Initiativen wird ein starkes Signal für den Ausbau der Beziehungen gesetzt:

Am 11. Dezember 2020 nahm ein neues Gremium in unseren bilateralen Beziehungen seine Arbeit auf: **der Deutsch-Russische Unternehmerrat**. Er wird in enger Abstimmung mit den jeweiligen Regierungen, der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK Russland) und russischen Wirtschaftsverbänden tagen. Den gemeinsamen Vorsitz auf deutscher Seite übernehmen der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes und der Präsident der AHK Russland Rainer Seele. Mitglieder sind hochrangige Unternehmens- und Verbandsvertreter aus beiden Ländern. Auf russischer Seite werden außerdem die Vizeminister aller für Wirtschaftsthemen relevanten Ministerien und Behörden teilnehmen. Den russischen Vorsitz übernimmt der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maksim Reschetnikow. Die erste Arbeitssitzung ist für Frühjahr 2021 geplant.

Themen der Sitzung sind:

- Digitalisierung: Lokalisierung ausländischer Softwareprodukte
- Gesundheitswirtschaft: Perspektiven für deutsche Medizintechnik-Unternehmen für die Zusammenarbeit beim Nationalen Projekt Gesundheitswirtschaft
- Landwirtschaft: Deutsch-Russische Zusammenarbeit im Bereich Pflanzenzüchtung und lokale Saatgut-Produktion
- Einreisebeschränkungen zwischen EU-Russland
- Einführung einer Utilization Fee und deren negative Folgen für die russische Wirtschaft

Der Ost-Ausschuss ist deutscher Partner und die ausführende Organisation des gerade gestarteten **Deutsch-Russischen Themenjahres »Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung 2020–2022«**. Ein Schwerpunkt wird die Kooperation beim anstehenden klimaneutralen Umbau der Wirtschaft sein. Unter anderem sollen Kooperationschancen für beide Länder beim europäischen Green Deal und beim Aufbau einer (gemeinsamen?) Wasserstoffwirtschaft aufgezeigt werden. Darüber hinaus werden die Themen Digitalisierung sowie die Agrar- und Gesundheitswirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Außerdem soll es um Mobilitätslösungen der Zukunft und strukturelle Fragen wie die technische Regulierung, die Lokalisierung deutscher Unternehmen in Russland, die duale Berufsausbildung und den Export aus Russland gehen.

Technische Regulierung:

»Deutsch-Russische Initiative zur Harmonisierung der Technischen Reglements«

Im Jahr 2018 wurde durch die Vereinbarung zwischen dem russischen Verband der Unternehmer und Industriellen (RSPP) und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft die Grundlage für die Zusammenarbeit auf dem Feld der

Standards, Normen, Akkreditierung, Konformitätsbewertung u. a. beschlossen. Das Ergebnis war ein MoU, das auf der größten russischen Industriemesse Innoprom zur Gründung der »Deutsch-Russische Initiative zur Harmonisierung der Technischen Reglements« führte.

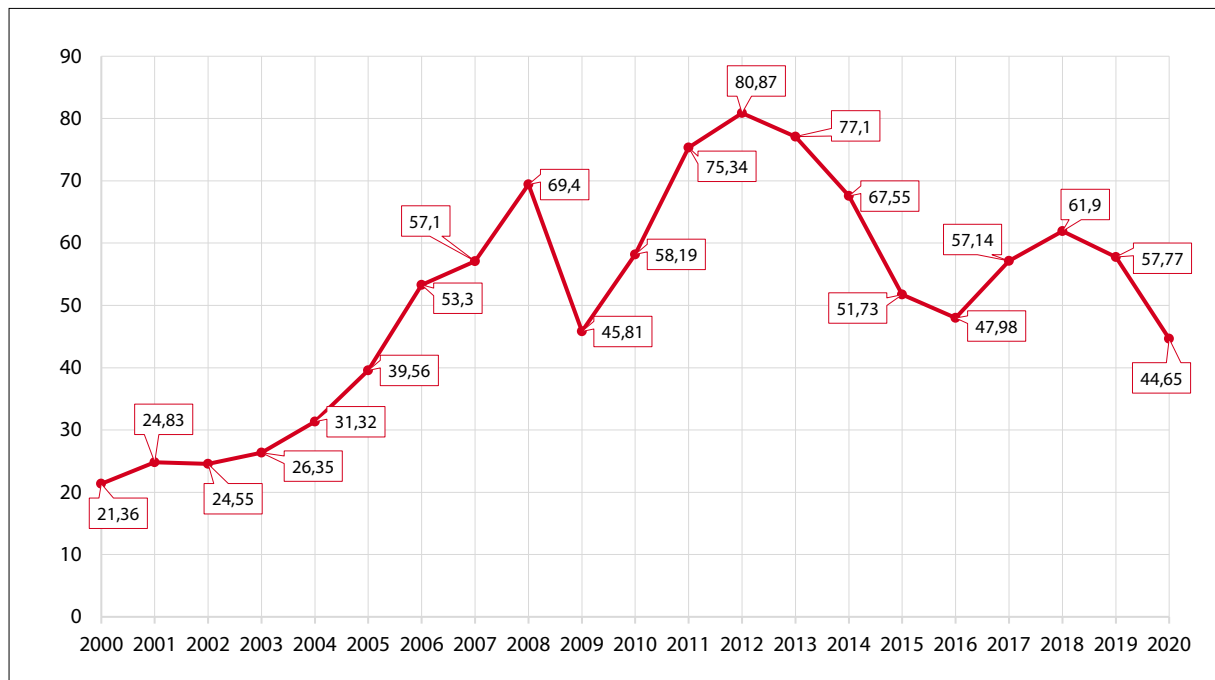
Das Ziel dieser Initiative ist es, dem Gesetzgeber Empfehlungen an die Hand zu geben, wie die Regelungen angepasst oder verändert werden sollten, damit es Unternehmen leichter fällt, in den jeweiligen Wirtschaftsraum (EU, EAWU) zu liefern bzw. Projekte einfacher umzusetzen. Zu diesem Zweck wurden elf Arbeitsgruppen parallel auf deutscher und auf russischer Seite gegründet, in denen sich die Spezialisten aus der Industrie permanent zu eben diesen Regelungen austauschen und abstimmen. Die Ausrichtung dieser AGs lässt sich in die drei Obergruppen Qualitätsinfrastruktur, Industrielle Produktion (Maschinen- und Anlagenbau, Eisenbahn, chemische Industrie, Elektrotechnik, Bauwirtschaft) und digitale Transformation (Ontologie und Semantik, Cyber Security, Smart Grid, Industrie 4.0/Smart Manufacturing, BIM-Technologie) unterteilen. Die Schirmherren der Initiative sind auf russischer Seite Dimitrij Pumpjanskij, Inhaber und Vorstandsvorsitzender TMK und Sinara, auf deutscher Seite Burkhard Dahmen, Vorstandsvorsitzender SMS group.

Die Stellungnahme wurde im Vorfeld der Anhörung zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen am 24. Februar 2021 im Ausschuss für Wirtschaft und Energie auf <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484> veröffentlicht. Dort sind ebenfalls weitere Stellungnahmen und das Video der gesamten Anhörung abrufbar.

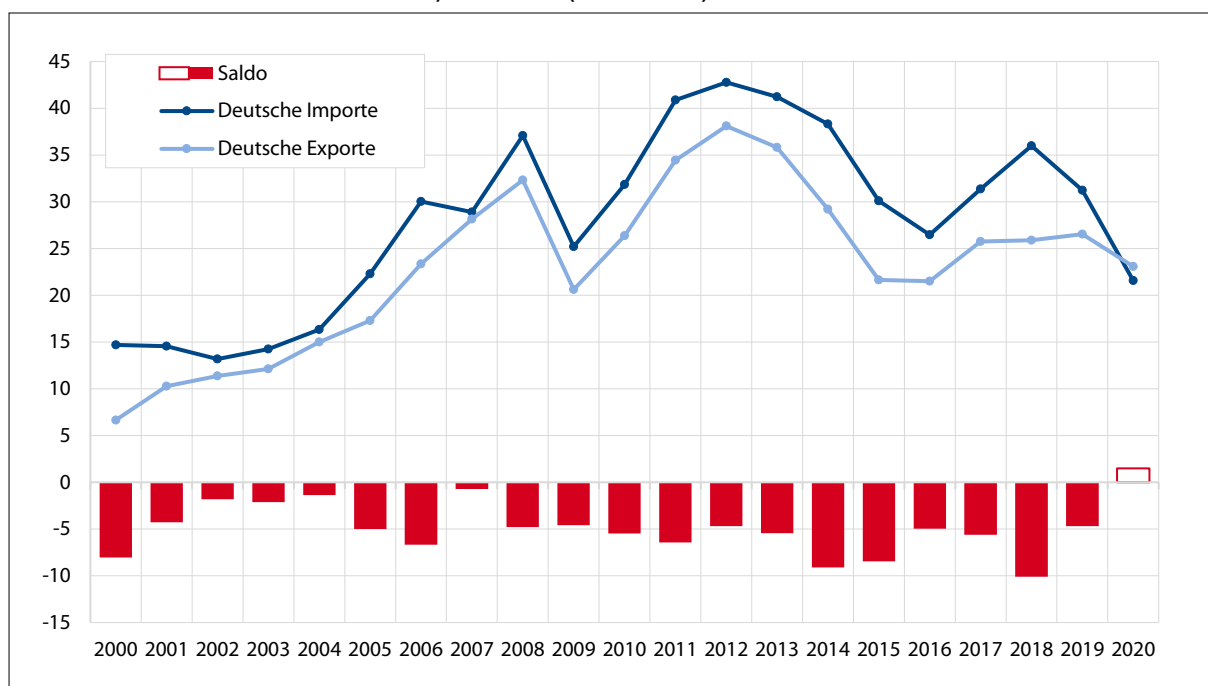
STATISTIK

Daten zum Deutsch-Russischen und EU-Russischen Warenverkehr

Grafik 1: Deutsch-Russischer Warenverkehr 2000–2020 (in Mrd. Euro)



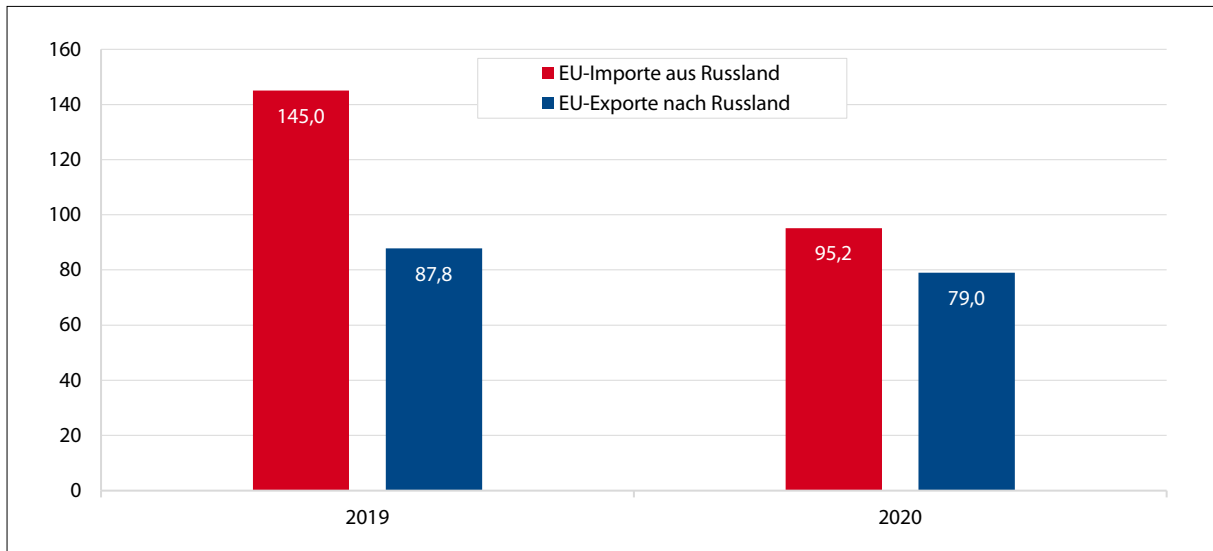
Quelle: Harms, Michael (2021): »Stellungnahme: Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484>

Grafik 2: Deutsch-Russischer Handel, 2000–2020 (in Mrd. Euro)


	Deutsche Importe	Deutsche Exporte	Saldo
2000	14,70	6,66	-8,04
2001	14,56	10,27	-4,29
2002	13,18	11,37	-1,81
2003	14,23	12,12	-2,11
2004	16,34	14,99	-1,35
2005	22,28	17,28	-5,00
2006	30,02	23,36	-6,66
2007	28,89	28,16	-0,73
2008	37,09	32,31	-4,78
2009	25,19	20,62	-4,57
2010	31,84	26,35	-5,49
2011	40,89	34,46	-6,43
2012	42,77	38,10	-4,67
2013	41,23	35,80	-5,43
2014	38,32	29,22	-9,10
2015	30,09	21,65	-8,44
2016	26,47	21,51	-4,96
2017	31,37	25,75	-5,62
2018	35,98	25,88	-10,10
2019	31,24	26,54	-4,70
2020	21,58	23,07	1,49

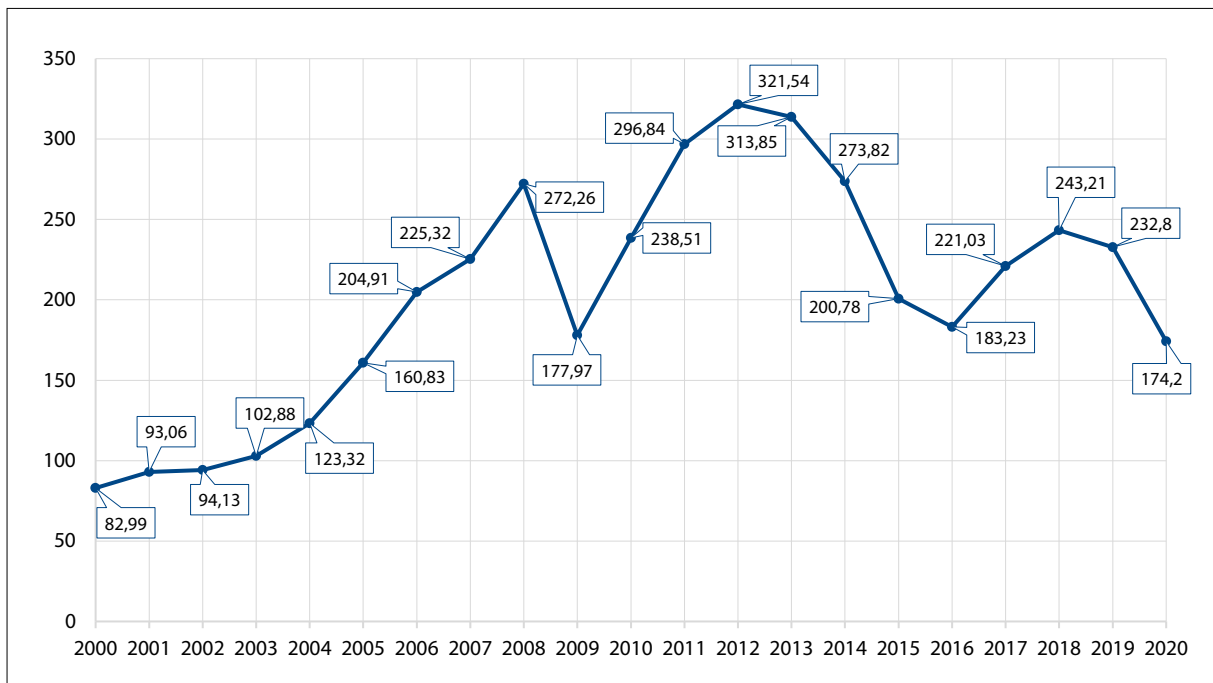
Quelle: Statistisches Bundesamt. Die Grafik ist Teil der Stellungnahme: Harms, Michael (2021): »Stellungnahme: Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Ost-Ausschuss für die Bereitstellung der Rohdaten. Saldo berechnet durch die Redaktion.

Grafik 3: EU-Russland Handel 2019 und 2020 (in Mrd. Euro)

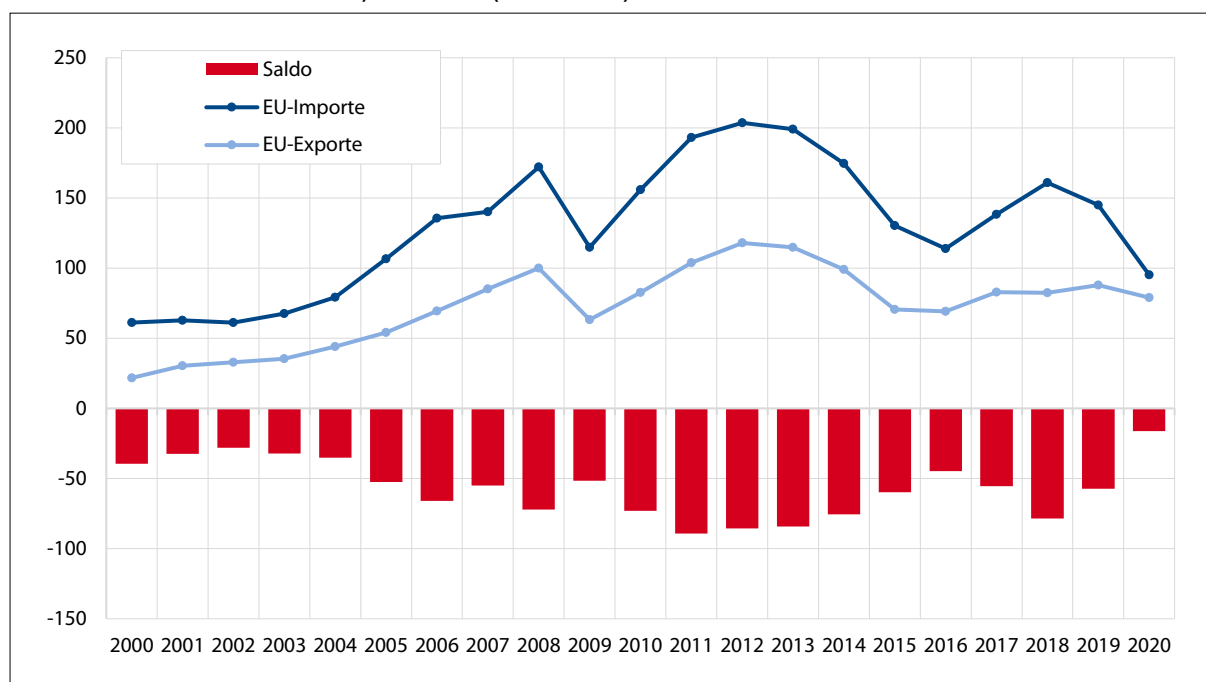


Quelle: Harms, Michael (2021): »Stellungnahme: Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484>

Grafik 4: EU-Russland Warenverkehr 2000–2020 (in Mrd. Euro)



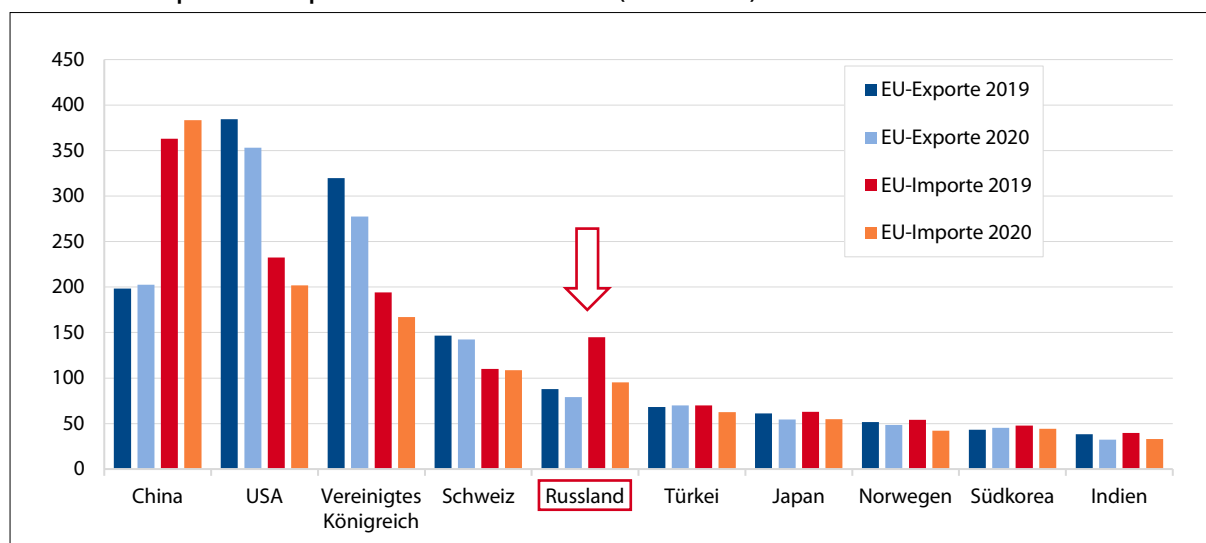
Quelle: Harms, Michael (2021): »Stellungnahme: Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484>

Grafik 5: EU-Russland Handel, 2000–2020 (in Mrd. Euro)


	EU-Importe	EU-Exporte	Saldo
2000	61,26	21,73	-39,52
2001	62,78	30,28	-32,49
2002	61,15	32,98	-28,17
2003	67,57	35,31	-32,26
2004	79,28	44,04	-35,24
2005	106,70	54,13	-52,57
2006	135,48	69,43	-66,05
2007	140,13	85,19	-54,94
2008	172,22	100,04	-72,18
2009	114,75	63,22	-51,53
2010	155,80	82,71	-73,09
2011	193,06	103,78	-89,28
2012	203,61	117,93	-85,68
2013	199,05	114,80	-84,25
2014	174,71	99,11	-75,60
2015	130,32	70,46	-59,86
2016	113,95	69,28	-44,66
2017	138,26	82,77	-55,49
2018	160,90	82,31	-78,60
2019	145,00	87,80	-57,20
2020	95,20	79,00	-16,20

Quelle: Statistisches Bundesamt. Die Grafik ist Teil der Stellungnahme: Harms, Michael (2021): »Stellungnahme: Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich beim Ost-Ausschuss für die Bereitstellung der Rohdaten. Saldo berechnet durch die Redaktion.

Grafik 6: Top 10 Handelspartner der EU 2019 und 2020 (in Mrd. Euro)



	EU-Exporte 2019	EU-Exporte 2020	EU-Importe 2019	EU-Importe 2020
China	198,2	202,5	363,0	383,5
USA	384,4	353,0	232,6	202,0
Vereinigtes Königreich	319,8	277,5	194,3	167,2
Schweiz	146,5	142,4	109,9	108,6
Russland	87,8	79,0	145,0	95,2
Türkei	68,3	69,9	69,8	62,6
Japan	61,1	54,5	62,9	54,9
Norwegen	51,6	48,6	54,1	42,3
Südkorea	43,3	45,3	47,7	44,1
Indien	38,2	32,2	39,6	33,1

Quelle: Harms, Michael (2021): »Stellungnahme: Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484>

DOKUMENTATION

Stellungnahme: »Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen«

Dr. Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen haben in den vergangenen zehn Jahren einige Turbulenzen durchlaufen. Der bilaterale Handel ist nach 2014 deutlich zurückgegangen und hat sich nur teilweise wieder erholt. Es ist naheliegend, diese Entwicklung mit der zunehmenden außenpolitischen Konfrontation und den gegen Russland verhängten Sanktionen in Verbindung zu bringen. Allerdings sind **primär wirtschaftliche Faktoren** die Ursache:

Das Auf und Ab der deutschen Exportzahlen lässt sich zum größten Teil mit der **Entwicklung des Ölpreises** erklären (siehe Grafik 1 auf S. 21). Ein sinkender Ölpreis schwächt den russischen Rubel, was deutsche Exporte für russische Abnehmer teurer macht. Darüber hinaus prägt der Ölpreis auch die russische Konjunktur und damit die Nachfrage nach deutschen Gütern. EU-Sanktionen und das russische Importembargo auf Lebensmittel haben hingegen nur einen

kleinen Teil der deutschen Exporte betroffen. Der Gesamtwert der deutschen Importe aus Russland ist ebenfalls eng an die Energiepreise geknüpft, da sie rund zur Hälfte aus Rohöl bestehen. Die physische Menge des aus Russland importierten Öls hat sich in den vergangenen Jahren kaum geändert, während die importierten Gasmengen gestiegen sind.

Aufschlussreicher als die ölpreisbedingt stark schwankende Handelsbilanz ist der **Marktanteil deutscher Exporteure** in Russland. Dieser ist von 15,7 Prozent (2010) schrittweise auf 12,3 Prozent (2019) gefallen (Quelle: UN Comtrade). Auch hier spielt die Außenpolitik eine untergeordnete Rolle. Ursache ist vor allem der **wirtschaftliche Aufstieg Chinas**, der sich weltweit in vielen Handelsbilanzen niederschlägt. 21,9 Prozent der russischen Importe kamen 2019 aus China. Gerade bei den wichtigsten deutschen Exportgütern, etwa im Maschinenbau, ist der Wettbewerb aus Fernost intensiver geworden.

Der Umfang deutscher **Direktinvestitionen in Russland** hat sich seit 2010 dagegen relativ stabil entwickelt und betrug zuletzt 19,5 Milliarden US-Dollar (siehe Grafik 2 auf S 21). 7,5 Prozent aller Direktinvestitionen in Russland kommen aus Deutschland (China steht für 1,6 Prozent; UNCTAD-Zahlen, um Offshore-Investitionen bereinigt).

Einer dynamischeren Entwicklung deutsch-russischer Handelsbeziehungen steht Russlands wirtschaftliche Flaute im Weg. Russlands Wirtschaft wächst seit 2010 nur sehr langsam. Dafür ist zum einen die restriktive Geld- und Fiskalpolitik in Russland verantwortlich. Aber auch strukturelle Faktoren wie Russlands Demografie und das geringe Wachstumspotential der wichtigen Ölindustrie spielen dabei eine Rolle. Schließlich haben auch die **Sanktionen** das Wirtschaftswachstum in Russland beeinflusst. Das Spektrum der ökonomischen Schätzungen ist groß, allerdings lassen die meisten Studien darauf schließen, dass Russlands Bruttoinlandsprodukt ohne die Sanktionen heute 1 bis 1,5 Prozent größer wäre. Eine rechnerische Trennung der 2014 nahezu zeitgleich eingeführten Sanktionen von USA, EU und Russland ist bei diesen Schätzungen kaum möglich.

Hauptproblem für Russlands Wirtschaftsentwicklung bleiben jedoch die schlechten **rechtsstaatlichen und politischen Rahmenbedingungen**. Im Ranking der Korruptionswahrnehmung von Transparency International liegt Russland auf Platz 129 von 180 Staaten. Hier ist in den vergangenen 15 Jahren kein Fortschritt zu erkennen. Im Gegenteil: Besonders die strafrechtliche Verfolgung von Unternehmerinnen und Unternehmern durch korrupte Behörden und die russische Justiz ist ein drängendes Problem, das in den vergangenen Jahren akuter geworden ist. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der Fall des amerikanischen Investors Michael Calvey, der im Februar 2019 in Moskau verhaftet wurde. Dieser und ähnliche Vorfälle belasten das Investitionsklima in Russland schwer.

Deutsche Unternehmen sehen laut der Geschäftsklima-Umfrage Russland 2020 der AHK außerdem **Bürokratie und Protektionismus** als wesentliche Störfaktoren im Russland-Geschäft. Handelsbarrieren wie das Lebensmittelembargo, das anlässlich der westlichen Sanktionen im Jahr 2014 eingeführt wurde, aber auch zunehmend strenge Lokalisierungsvorschriften erschweren die bilaterale Kooperation. Angetrieben wird der russische Protektionismus von einer Kombination aus industriepolitischen Ambitionen, dem Wunsch nach weniger wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Ausland und Partikularinteressen lokaler Wirtschaftslobbys.

Die politische Dimension der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

Auch wenn die Handelszahlen vorrangig von wirtschaftlichen Entwicklungen geprägt sind, besitzt ein Teil der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen unweigerlich eine politische Dimension. Politik und Wirtschaft sind in Russland, insbesondere in der Energieindustrie, untrennbar miteinander verbunden. Die Kontrolle über Russlands Großunternehmen ist das Privileg einflussreicher Eliten. Auch die wichtigsten Staatskonzerne (Gazprom, Rosneft, Transneft und Rostec) und ihre Zulieferer werden **von Personen aus Putins engstem persönlichen Umfeld kontrolliert**. Die Konzerne operieren zwar in vielen Kontexten nach Marktlogiken, aber sie dienen auch der persönlichen Bereicherung russischer Elitennetzwerke und sind damit ein integraler Bestandteil des autoritären politischen Regimes. Gleichzeitig werden sie immer wieder in den Dienst des Kremls gestellt, um innenpolitisch die Macht zu sichern und außenpolitische Interessen durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund tragen auch die im Handel mit Deutschland erwirtschafteten Öl- und Gaseinnahmen dazu bei, den **politischen Status Quo in Russland zu verfestigen**. Gleichzeitig sind Europas Finanzmärkte ein beliebtes Ziel für die Erträge der russischen Korruption. Der Transfer von veruntreuten Mitteln in die EU oder andere westliche Jurisdiktionen, wo sie zumeist sicher und anonym verwahrt werden können, macht viele Formen der Korruption in Russland überhaupt erst möglich. Auch wenn die russische Elite sich nach außen hin größtenteils antiwestlich gibt und den Konfrontationskurs des Kremls unterstützt, legt sie großen Wert auf den freien Zugang zu europäischen Reisezielen, Gesundheitssystemen und Immobilienmärkten. Die Privilegien der herrschenden Elite innerhalb des russischen politischen Systems sind also eng mit Investitions- und Konsummöglichkeiten in Europa verbunden.

Nord Stream 2

Das Projekt Nord Stream 2 wurde kurz nach der Annexion der Krim durch Russland und dem Höhepunkt des Krieges im Donbas im Jahr 2015 initiiert. Das von Gazprom erklärte Ziel ist es, mit der Pipeline den Gas-Transit durch die Ukraine zu beenden. Schon jetzt gibt es **große freie Kapazitäten im ukrainischen Pipelinesystem**. Mit Turkish Stream werden zusätzlich neue Transitzkapazitäten für russisches Gas nach Europa geschaffen. Würde Nord Stream 2 ohne Einschränkungen in Betrieb genommen, wäre das Ende des ukrainischen Gas-Transits nur eine Frage der Zeit.

Für Deutschland ergeben sich wirtschaftliche Vorteile, wenn der Transit von der Ukraine in die Ostsee verlegt wird. Im Umkehrschluss wird die Ukraine dadurch wirtschaftlich geschwächt. Damit dient Nord Stream 2 einem **außenpolitischen Kerninteresse Moskaus**: den pro-europäischen Kurs der Ukraine zu erschweren. Dazu hat Russland unter anderem umfangreiche Wirtschaftssanktionen gegen die Ukraine verhängt und unterstützt die selbsternannten »Volksrepubliken« im Donbas. Die außenpolitischen Auswirkungen von Nord Stream 2 waren bereits zu Beginn des Projektes im Jahr 2015 absehbar. Eine Einordnung von Nord Stream 2 als rein privatwirtschaftliches Projekt war damit zu keinem Zeitpunkt haltbar.

Eindeutig negativ hat sich das Festhalten an Nord Stream 2 auf **die deutsche Russlandpolitik** ausgewirkt, weil es die 2014 entwickelte Haltung gegenüber Moskau konterkariert. Mit der Unterstützung für die EU-Sanktionen signalisierte Deutschland der russischen Führung, dass man erstens die Ukraine gegen die russische Aggression unterstützen will, dass man zweitens bereit ist, für außenpolitische Interessen notfalls auch wirtschaftliche Kosten zu tragen, und dass man drittens großen Wert auf eine gemeinsame europäische und transatlantische Linie legt. Parallel dazu wurde mit der Unterstützung von Nord Stream 2 in allen drei Punkten genau das entgegengesetzte Signal an Moskau und die eigenen Verbündeten übermittelt. Weil das Projekt die politische Wirkung der EU-Sanktionen unterläuft, ist es als Teil einer außenpolitischen Doppelstrategie aus Angeboten und Sanktionen ungeeignet und kommt auch als »selektives Engagement« im Sinne der außenpolitischen Prinzipien der EU-Russlandpolitik nicht infrage.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zukunftssicher gestalten

Der wirtschaftliche Austausch zwischen Russland und Deutschland kann grundsätzlich mit positiven Effekten einhergehen, die über die ökonomischen Vorteile für beide Seiten hinausgehen. So bieten Wirtschaftsbeziehungen eine Plattform für die Entstehung zwischengesellschaftlicher Kontakte. Die Präsenz deutscher Unternehmen kann das Ansehen der Bundesrepublik in Russland steigern. Allerdings können von den Wirtschaftsbeziehungen **keine positiven Auswirkungen auf die russische Innen- oder Außenpolitik** erwartet werden. Im Gegensatz zur Sowjetunion der 1970er Jahre ist die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Westen heute ein integraler Bestandteil des russischen Autoritarismus. Aufgrund der stark personalisierten Kontrolle über die russischen Großkonzerne zementieren gerade die Energiebeziehungen den politischen Status Quo, anstatt im Sinne eines »Wandels durch Handel« positive Veränderungen anzustoßen.

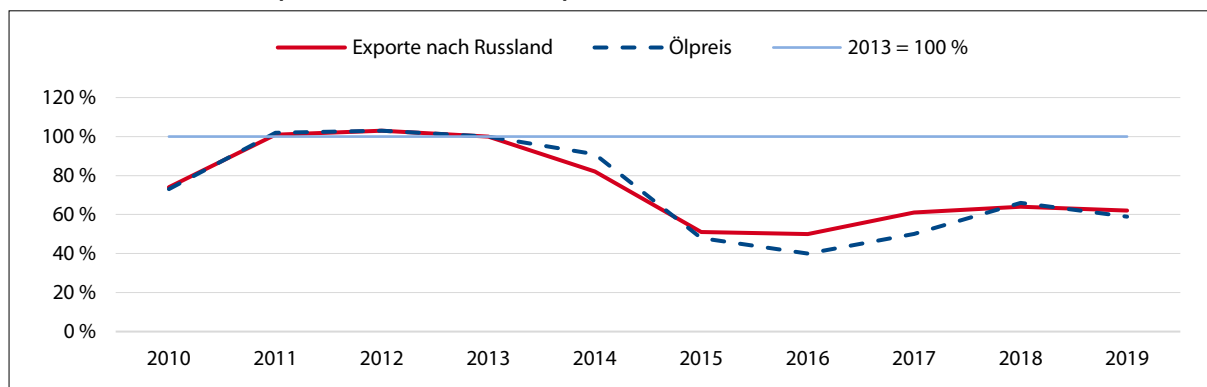
Für die zukünftige Gestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ist deshalb ein **differenzierender Ansatz** empfehlenswert. Die Dominanz des Handels mit fossilen Energieträgern und die engen Beziehungen zu russischen Großkonzernen, die im weitesten Sinne zum Machtapparat des politischen Regimes gehören, bergen klima- und außenpolitische Risiken. Die bestehenden langfristigen Abhängigkeiten sollten hier nicht weiter vertieft, sondern schrittweise reduziert werden. Ein besonderes Augenmerk könnte hingegen auf kleine und mittelständische Unternehmen bzw. Startups gelegt werden. Die Zusammenarbeit bei klimafreundlichen Technologien und erneuerbaren Energien ist wünschenswert. Bilaterale Großprojekte bedürfen hingegen einer expliziten außenpolitischen Bewertung. Gleichzeitig gilt es, effektiver gegen Geldwäsche vorzugehen, was am ehesten als gemeinsames Projekt auf transatlantischer Ebene gelingen werden kann. Schließlich muss innerhalb der EU die Durchsetzung von Sanktionen verbessert werden, die sich gerade in Bezug auf Russland immer wieder als lückenhaft erwiesen hat.

Die Stellungnahme wurde im Vorfeld der Anhörung zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen am 24. Februar 2021 im Ausschuss für Wirtschaft und Energie auf <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484> veröffentlicht. Dort sind ebenfalls weitere Stellungnahmen und das Video der gesamten Anhörung abrufbar.

STATISTIK

Deutsche Exporte und Direktinvestitionen in Russland

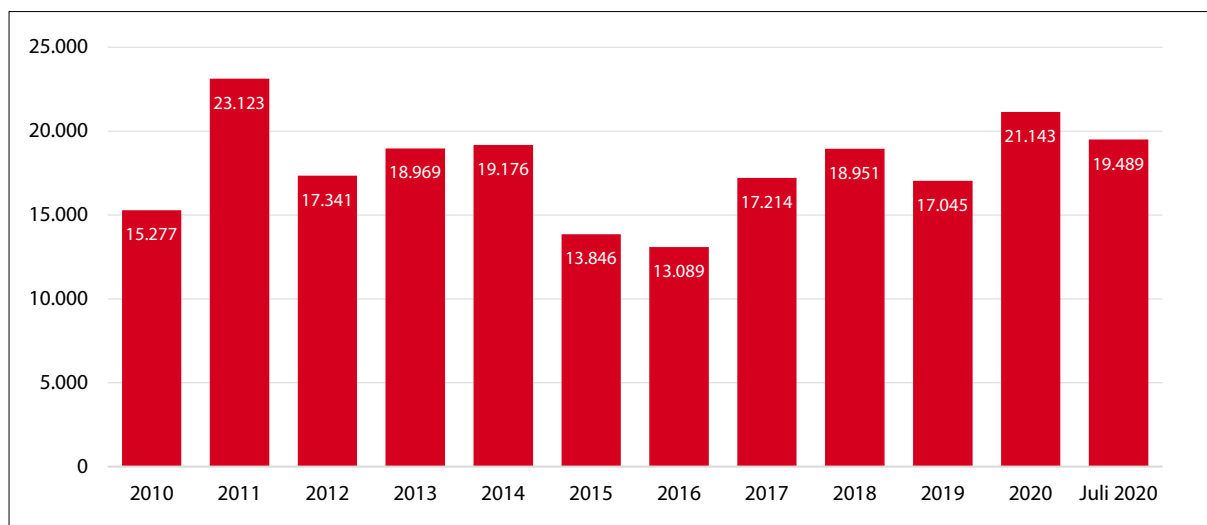
Grafik 1: Deutsche Exporte nach Russland und Ölpreis (2013 = 100 %)



	Exporte nach Russland	Ölpreis
2010	74 %	73 %
2011	101 %	102 %
2012	103 %	103 %
2013	100 %	100 %
2014	82 %	91 %
2015	51 %	48 %
2016	50 %	40 %
2017	61 %	50 %
2018	64 %	66 %
2019	62 %	59 %

Quelle: Zusammenstellung durch Janis Kluge, basierend auf Daten von UN Comtrade und Statista; <https://comtrade.un.org/data/>, <https://www.statista.com/statistics/262860/uk-brent-crude-oil-price-changes-since-1976/>. Die Grafik ist Teil der Stellungnahme von Janis Kluge, die unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484> abzurufen ist. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Janis Kluge für die Bereitstellung der Rohdaten.

Grafik 2: Bestand deutscher Direktinvestitionen in Russland (in Mio. US-Dollar)



Quelle: Zusammenstellung durch Janis Kluge, basierend auf Daten der russischen Zentralbank. Die Grafik ist Teil der Stellungnahme von Janis Kluge, die unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484> abzurufen ist. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Janis Kluge für die Bereitstellung der Rohdaten.

Stellungnahme: »Entwicklung der Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen«

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg)

1. Die Sanktionen im Zusammenhang mit völkerrechtswidrigen Handlungen Russlands

Die Sanktionen der Europäischen Union bestehen seit 2014 und werden regelmäßig verlängert sowie in Details angepasst. Sie wurden als Reaktion auf gravierende Verletzungen des Völkerrechts erlassen, die bis heute nicht ansatzweise korrigiert wurden.

Für bestimmte russische Banken und Unternehmen wurde der Zugang zu den Primär- und Sekundärkapitalmärkten der EU eingeschränkt. Dazu zählen Banken, die mehrheitlich in Staatsbesitz sind. Es gilt ein Aus- und Einfuhrverbot für Waffen und ein Verbot der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck für militärische Zwecke oder an militärische Endnutzer in Russland (*»dual use«*). Hinzu kommt ein Exportverbot für bestimmte sensible Technologien und Dienstleistungen, die für die Erdölförderung und -exploration genutzt werden können. Dies betrifft besonders die Förderung und Exploration in der Tiefsee und in gefrorenen Böden.

Die Gestaltung der Sanktionen soll einerseits die Machthaber und die systemstützenden Wirtschaftskreise an empfindlichen Stellen treffen und andererseits größere Belastungen der Bevölkerung vermeiden. Es werden auf russischer Seite Unternehmen mit Sanktionen belegt, die in besonderer Weise mit Staat und Politik verbunden sind und eine besonders wichtige Rolle für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Russlands haben (insb. der Rohstoffsektor). Da der Rohstoffsektor das Fundament der russischen Wirtschaft bildet, haben die Maßnahmen die richtige Zielrichtung, um gravierende Völkerrechtsverletzungen zu sanktionieren. Der Rohstoffexport ist die wesentliche Finanzierungsquelle des russischen Staates und in der Hand von staatseigenen oder sehr eng mit dem russischen Staat verbundenen Unternehmen. Deshalb könnte auch ein Moratorium des Weiterbaus von Nord Stream 2 einen Beitrag dazu leisten, den europäischen Forderungen nach einer Korrektur der russischen Politik in Bezug auf die Ukraine und deren territoriale Integrität sowie nach einer Abkehr von Menschenrechtsverletzungen im Land selbst mehr Nachdruck verleihen.

Beim Rüstungssektor versteht sich das im Fall der Sanktionierung einer militärischen Intervention von selbst. Dies betrifft in gleichem Maße auch Güter mit doppeltem Verwendungszweck. Die Zahlungsabwicklung und Finanzierung von privaten und Handelsgeschäften ist nicht sanktioniert und ungehindert möglich. Vielmehr wird der Zugang zu und die Möglichkeit von Finanzierungen über internationale Kapitalmärkte sanktioniert.

Ebenso bedeutungsvoll, auch im größeren politischen Kontext, sind die personen- und unternehmensbezogenen Sanktionen, die sich derzeit gegen 177 Personen und 48 Organisationen richten, die unmittelbar in die Annexion der Krim involviert waren bzw. von dieser profitieren.

2. Diskussion zur Kritik an den Sanktionen

Zu den Sanktionen gegen Russland werden immer wieder einige kritische Argumente vorgebracht, die kurz diskutiert werden sollen:

a) *Es wird bezweifelt, dass wirtschaftliche Sanktionen tatsächlich Veränderungen in der Politik des Adressaten der Sanktionen herbeiführen können. Bei Russland ist das bisher offensichtlich nicht der Fall, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim wurde nicht beendet, es gibt auch keine Anzeichen dafür.*

Dieses Argument greift in doppelter Hinsicht zu kurz. Sanktionen können nicht nur nach ihrer unmittelbaren Wirkung auf den Adressaten beurteilt werden, die in der Tat oft kurz- bis mittelfristig gering ist. Es gibt mindestens zwei weitere mögliche positive Effekte:

Erstens senden Sanktionen eine Signalwirkung an andere Staaten, dass die Europäische Union (oder andere Länder) Verletzungen des Völkerrechts oder Menschenrechtsverletzungen nicht tatenlos hinnehmen, sondern darauf reagieren. Die Sanktionen sind dabei nicht als wirtschaftliche Strafaktion, die Russland wirtschaftlich in die Knie zwingen sollen, zu verstehen, sondern als Aufzeigen roter Linien für politisches Handeln und als Druckmittel zur Umsetzung geschlossener Vereinbarungen durch Russland (Minsker Abkommen). Die EU-Sanktionen sind konditioniert, das heißt bei Wegfall der Gründe für ihre Entstehung werden sie aufgehoben. Es liegt also allein an Russland, wann das der Fall ist.

Zweitens können Sanktionen die Adressaten möglicherweise von weiteren Verletzungen abhalten. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Russland durch die konsequenten Sanktionen davon abgehalten wurde, weitere Gebiete der Ukraine zu annektieren, z. B. eine Landverbindung zur Krim.

Die »Wirkung« der Sanktionen kann und soll also vor allem darin bestehen, den politischen Preis für weitere Aggressivität der russischen Staatsführung nach oben zu treiben und andere Länder mit ähnlichen Eroberungsplänen von diesen

abzuschrecken. Die Sanktionen sind also eine Investition in die Glaubwürdigkeit der internationalen Ordnung mit mittel- und langfristiger Wirkung. Eine solche stabile Ordnung kommt auch der deutschen exportorientierten Wirtschaft zugute.

b) *Wirtschaftssanktionen treffen, so wird argumentiert, am Ende überproportional einfache Bürgerinnen und Bürger und einzelne Sektoren im Zielstaat, ohne Veränderungen im Handeln und Verhalten des jeweiligen Regimes zu bewirken.*

Dieser mögliche Effekt wird bei den hier diskutierten Sanktionen weitgehend vermieden. Die Sanktionen gegen Russland betreffen die Rüstungsindustrie, Teile der Rohstoffindustrie und gewisse staatsnahe Unternehmen, vor allem im Finanzsektor. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung sind sehr begrenzt. Eine tatsächliche Auswirkung auf die Lebensumstände der Bevölkerung haben im Fall Russland vielmehr die Gegensanktionen der russischen Regierung, die den Import von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten aus der Europäischen Union (und anderen Ländern) verbieten. Das führte z. B. zu einem deutlichen Preisanstieg.

c) *Zudem wird das Argument vorgebracht, dass mit den Sanktionen auch Unternehmen im Inland getroffen würden, denen bestimmte Zielmärkte wegbrechen. Hier würden Arbeitsplätze im Inland wegfallen, ggf. gebe es auch Sekundäreffekte bei den Zulieferern. Zudem nähmen andere Lieferanten die Plätze der deutschen und europäischen Unternehmen ein.*

Der Kreis der betroffenen Unternehmen im Inland beschränkt sich auf bestimmte Wirtschaftszweige (im Wesentlichen Teile des Maschinenbaus und dessen Zulieferer sowie die durch die Gegensanktionen betroffenen Unternehmen im Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor). Damit sind regionale negative Effekte verbunden, die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind jedoch vergleichsweise gering. Zudem darf der Handel mit Russland insgesamt nicht überschätzt werden. Beim Wert der Exporte aus Deutschland liegt Russland derzeit an 14. Stelle, etwa auf dem Niveau Ungarns und Schwedens und z. B. bei deutlich weniger als der Hälfte Polens. Darüber hinaus geht der deutsch-russische Außenhandelsumsatz bereits seit 2013, also vor Eröffnung der Sanktionen, zurück. Der russische Import deutscher Waren ist wesentlich von den Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt abhängig und den dadurch entstehenden finanziellen Spielräumen oder Engpässen aus den russischen Exporterlösen. Seit 2010 ist China der größte Handelspartner von Russland; auch diese Entwicklung trat nicht nach, sondern vor den Sanktionen ein.

Die Politik der russischen Regierung mit dem Ziel, Importe zu ersetzen, gab es unabhängig von den Sanktionen bereits vorher – die sogenannte Lokalisierungspolitik. Sie ist also nicht allein auf die Sanktionen zurückzuführen.

3. Personen- und unternehmensbezogenen Sanktionen als besonders zielgerichtete und effektive Instrumente

Die individuellen Sanktionsmechanismen bieten mehrere Vorteile.

a) *Eine besondere Stärke personen- und unternehmensbezogener Sanktionen ist ihre Selektivität und die Zuordnung individueller Verantwortung. Die gezielte Auswahl von Individualsanktionen trifft Einzelpersonen und hat keine Auswirkungen auf einzelne Sektoren oder die Bevölkerung.*

Andere, »klassische« Sanktionen zielen auf Staaten und die Gesamtbevölkerung ab. Personenbezogene Sanktionen dagegen stellen die Frage nach der Verantwortlichkeit einzelner Personen in den Vordergrund. Der Individualsanktionsmechanismus knüpft an das grundlegende Rechtsprinzip von Individualverantwortlichkeit für die eigenen Handlungen an. Bemerkenswert ist dabei, dass gerade die enge weltwirtschaftliche Verflechtung neue und präzisere Instrumente der Bestrafung erlaubt, als dies früher der Fall war. Das gilt nicht nur für Völkerrechtsverletzungen, sondern auch für gravierende Menschenrechtsverletzungen. Diese Grundidee wurde erstmals durch die USA mit dem sogenannten Magnitsky-Act von 2012 in die Tat umgesetzt. Die EU ist jüngst im Dezember 2020 mit einer analogen Regelung gefolgt, nachdem sie auch bei der Krim-Besetzung bereits die Sperrung von ausländischen Vermögenswerten beteiligter russischer Entscheidungsträger durchgesetzt hatte.

In diesem Zusammenhang erweist sich der Fundus an russischen Vermögenswerten im Westen als überaus ergiebig. Der Grund dafür ist die enorme private Kapitalflucht aus Russland seit über 20 Jahren. So schätzt eine sorgfältige wissenschaftliche Studie aus dem Jahr 2017 der Ökonomen Filip Novokmet, Thomas Piketty und Gabriel Zucman den Wert des privaten Auslandsvermögens von Russen auf 75 Prozent des Nationaleinkommens, also für 2019 hochgerechnet etwa eine Billion Euro [Vgl. »From Soviets to Oligarchs: Inequality and Property in Russia, 1905–2016«, National Bureau of Economic Research (NBER), Working Paper 23712, August 2017]. Es ist also gerade die entstandene Verflechtung der Finanzmärkte zwischen West und Ost, die einer Sanktionspolitik der personifizierten Nadelstiche beträchtliche quantitative Wucht und Wirkungskraft verleiht. Die Ausweitung des neuen EU-Sanktionsmechanismus für Menschenrechtsverletzungen auf den Straftatbestand von Korruption, der bisher nicht miteinbegriffen ist, könnte hier besondere Schlagkraft entwickeln.

b) *Die russische Bevölkerung nimmt personalisierte Sanktionen zu Recht nicht als pauschal gegen sie selbst und Russland gerichtete Sanktionen des Westens wahr.*

Damit wird den verantwortlichen politischen und wirtschaftlichen Eliten die Möglichkeit zu einer pseudo-patriotischen und anti-westlichen Konsolidierung der Bevölkerung wenigstens teilweise genommen.

c) Mit dem Erlass von Individualsanktionen gegen einzelne Personen bekennt sich die sanktionierende Staatengemeinschaft klar zu dem innersten Kern ihrer Werte.

Individualsanktionen können als klares Zeugnis der eigenen Wertevorstellung deklariert werden. Mittel- und langfristig ist ein gewisser Abschreckungseffekt möglich und zu erwarten. Sofern die Details und Folgen von Individualsanktionen veröffentlicht werden, ist ein größerer Abschreckungseffekt im Vergleich zu allgemeinen Wirtschaftssanktionen zu erwarten. Der Einzelne wird nicht nur öffentlich an den Pranger gestellt, sondern kann erhebliche Einbußen erleiden.

4. Schlussfolgerungen

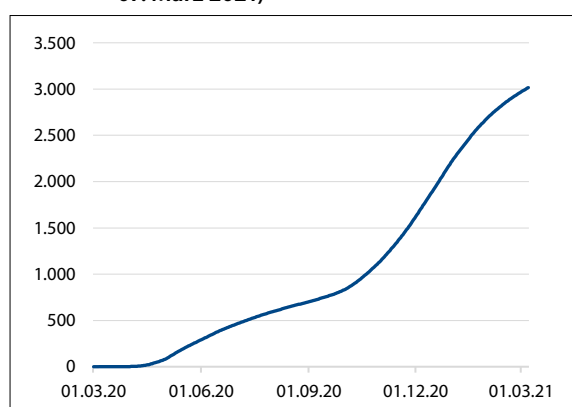
Die derzeit wirksamen Sanktionen gegen Russland sind gerechtfertigt. Sie sollten deshalb fortgesetzt werden. Das gilt sowohl für Sanktionen, die bestimmte Gruppen von Waren und Dienstleistungen betreffen als auch für personenbezogene Sanktionen. Für die Zukunft ist es sinnvoll, die Mechanismen für personenbezogene Sanktionen weiterzuentwickeln und konsequent auf Akteure anzuwenden, die an Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind und von diesen profitieren. Gerade in Bezug auf Russland ist es wichtig, das neue EU-Sanktionsinstrument auch auf den Straftatbestand von Korruption zu erweitern. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung einen eigenen individuellen Sanktionsmechanismus einführen, da dieser noch schneller und effektiver angewendet werden kann. Damit können negative Nebeneffekte für die Bevölkerung vermieden werden, die Verantwortlichen gezielt und effektiv sanktioniert und die Wahrscheinlichkeit positiver Wirkungen somit erhöht werden.

Die Stellungnahme wurde im Vorfeld der Anhörung zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen am 24. Februar 2021 im Ausschuss für Wirtschaft und Energie auf <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw08-pa-wirtschaft-russland-820484> veröffentlicht. Dort sind ebenfalls weitere Stellungnahmen und das Video der gesamten Anhörung abrufbar.

STATISTIK

Covid-19 in Russland (Stand 07. März 2021)

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 07. März 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–18.02.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–398 eingesehen werden.

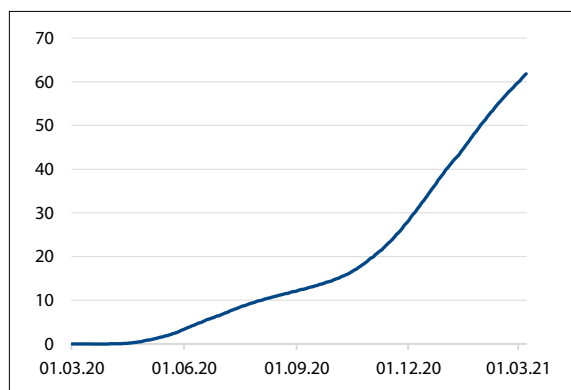
Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 07.03.2021, 18:25 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 19. Februar – 07. März 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
19.02.	4.092.649	13.242
20.02.	4.105.424	12.775
21.02.	4.117.992	12.568
22.02.	4.130.447	12.455
23.02.	4.142.126	11.679
24.02.	4.153.735	11.609
25.02.	4.164.802	11.067
26.02.	4.175.757	10.955
27.02.	4.187.166	11.409
28.02.	4.198.400	11.234
01.03.	4.209.850	11.450
02.03.	4.220.291	10.441
03.03.	4.230.707	10.416
04.03.	4.241.970	11.263
05.03.	4.252.876	10.906
06.03.	4.263.785	10.909
07.03.	4.274.263	10.478

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 07. März 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–18.02.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–398 eingesehen werden.

Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 07.03.2021, 18:25 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (19. Februar – 07. März 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
19.02.	81.048	461
20.02.	81.517	469
21.02.	81.926	409
22.02.	82.255	329
23.02.	82.666	411
24.02.	83.044	378
25.02.	83.481	437
26.02.	83.900	419
27.02.	84.330	430
28.02.	84.700	370
01.03.	85.025	325
02.03.	85.458	433
03.03.	85.901	443
04.03.	86.368	467
05.03.	86.821	453
06.03.	87.253	432
07.03.	87.614	361

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 15. – 28. Februar 2021

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
15.02.2021	4.040.505	Die russische Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« stellt ein Testsystem zum Nachweis der im Dezember in Großbritannien erstmals aufgetretenen Covid-19-Mutation N501Y vor.
15.02.2021	4.040.505	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 14.207 Fälle auf insgesamt 4.086.090 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 80.520 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.818 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
16.02.2021	4.053.535	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 13.233 Fälle auf insgesamt 4.099.323 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 80.979 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.409 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
16.02.2021	4.053.535	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin ordnet die Bereitstellung von rund 50 Milliarden Rubel (etwa 553,7 Millionen Euro) aus dem staatlichen Reservefonds für das Jahr 2021 zur Zahlung an Mitarbeitende medizinischer und anderer Organisationen an, die im Bereich der Pandemiebekämpfung arbeiten. Zuvor war bereits bekannt geworden, dass Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin drei Milliarden Rubel (etwa 33 Millionen Euro) für monatliche Sonderzahlungen an medizinisches Personal, das mit an Covid-19 erkrankten Patient:innen in Kontakt steht, bereitstellen lässt.
16.02.2021	4.053.535	Russland verlängert die Aussetzung des Flugverkehrs mit Großbritannien bis zum 16. März 2021. Der Flugverkehr war am 22. Dezember 2020 wegen der zunächst in Großbritannien aufgetretenen ansteckenderen Coronavirus-Mutation »B 1.1.7« ausgesetzt worden.
17.02.2021	4.066.164	Die Regionalregierung des Autonomen Kreises der Tschuktschen lockert die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden Beschränkungen für bereits Geimpfte oder von Covid-19 genesene Personen. So soll dieser Personenkreis wieder Veranstaltungen besuchen dürfen. Bisher haben 991 Personen die erforderliche zweite Impfung erhalten, 524 Personen haben eine Erkrankung überstanden.
17.02.2021	4.066.164	Das israelische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass heute die von Russland gespendeten 1.000 Dosen des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« geliefert werden. Diese sollen medizinischem Personal im Gazastreifen zugutekommen.
17.02.2021	4.066.164	In der autonomen Republik Krim wird das Verbot der Öffnung von Ausstellungen aufgehoben und die mögliche Auslastung der Kinos ab dem 01. März 2021 erhöht. Dies gab Natalija Penkowskaja, Leiterin der Regionalabteilung der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rosspotrebnadsor« auf der Krim, bekannt. Begründet wird dies mit den seit vier Wochen sinkenden Infektionszahlen.
17.02.2021	4.066.164	Usbekistan lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Russland soll im Laufe des Jahres eine Million Dosen des Impfstoffs liefern. Außerdem plant Usbekistan den Abschluss eines Vertrages zur Lieferung des zweiten in Russland entwickelten Impfstoffs »EpiVakKorona«.
17.02.2021	4.066.164	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 12.828 Fälle auf insgesamt 4.112.151 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 81.446 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.282 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
18.02.2021	4.079.407	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 13.447 Fälle auf insgesamt 4.125.598 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 81.926 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.950 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
18.02.2021	4.079.407	In zehn Moskauer Polikliniken beginnen klinische Studien zum vom Gamaleja-Institut entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik light«. Dies teilte der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin mit. Das besondere an »Sputnik light« ist, dass der Impfstoff seine Wirksamkeit bereits nach der ersten Impfung entfaltet. Die Immunität ist allerdings nur kürzer gegeben als mit dem klassischen Impfstoff. »Sputnik light« soll vor allem in Corona-Hotspots eingesetzt werden, in denen es auf die Herstellung einer schnellen Immunität der Bevölkerung ankommt.
19.02.2021	4.092.649	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 13.433 Fälle auf insgesamt 4.139.031 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 82.396 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.972 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
19.02.2021	4.092.649	San Marino lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
20.02.2021	4.105.424	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin gibt bekannt, dass der vom Tschumakow-Zentrum entwickelte Covid-19-Impfstoff »CoviVak« in Russland registriert wurde. Geplant ist, ab Mitte März 2021 die ersten Dosen der Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die dritte Phase der zur Zulassung notwendigen klinischen Studie wird parallel dazu durchgeführt.
20.02.2021	4.105.424	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 12.953 Fälle auf insgesamt 4.151.984 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 82.876 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.623 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
20.02.2021	4.105.424	In Ghana wird der in Russland entwickelte Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zugelassen. Ghana ist damit das fünfte Land auf dem afrikanischen Kontinent, in dem »Sputnik V« zugelassen wurde.
21.02.2021	4.117.992	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 12.742 Fälle auf insgesamt 4.164.726 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 83.293 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.602 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
22.02.2021	4.130.447	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 12.604 Fälle auf insgesamt 4.177.300 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 83.630 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.723 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
22.02.2021	4.130.447	Syrien lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
23.02.2021	4.142.126	Kirgistan lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
23.02.2021	4.142.126	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 11.823 Fälle auf insgesamt 4.189.123 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 84.047 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.198 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
24.02.2021	4.153.735	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 11.749 Fälle auf insgesamt 4.200.902 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 84.430 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.417 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
24.02.2021	4.153.735	Ägypten und Honduras lassen den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
25.02.2021	4.164.802	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 11.198 Fälle auf insgesamt 4.212.100 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 84.876 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.406 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
25.02.2021	4.164.802	Guatemala lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
25.02.2021	4.164.802	Georgien öffnet seine Grenzen für russische Tourist:innen am 01. März 2021. Bei Einreise müssen ein negativer Covid-19-Test oder der Nachweis einer erfolgten Impfung vorliegen. Georgien hatte aufgrund der Coronavirus-Pandemie im März 2020 die Grenzen geschlossen.
26.02.2021	4.175.757	Vietnam lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Der vietnamesische Gesundheitsminister Nguyen Thanh Long teilte mit, das Land stehe in Verhandlungen mit Russland über die Lieferung von 60 Millionen Dosen des Vakzins.
26.02.2021	4.175.757	Mitarbeitende der russischen Botschaft im nordkoreanischen Pjöngjang sind mit Hilfe einer Draisine nach Russland zurückgekehrt. Nordkorea hatte zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus bereits vor einem Jahr seine Grenzen geschlossen und den Passagierverkehr eingestellt. Die letzten Diplomatin:innen hatten per Fahrzeugkonvoi nach China im August 2020 das Land verlassen können.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
26.02.2021	4.175.757	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 11.086 Fälle auf insgesamt 4.223.186 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 85.304 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.336 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.02.2021	4.175.757	Die Republik Moldau lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
27.02.2021	4.187.166	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 11.534 Fälle auf insgesamt 4.234.720 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 85.743 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.825 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
27.02.2021	4.187.166	In Moskau beginnen die klinischen Tests des vom Gamaleja-Institut entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik light« an freiwilligen Testpersonen. Dies gab die stellvertretende Moskauer Bürgermeisterin Anastasija Rakowa bekannt. »Sputnik light« soll bereits nach einer Impfung wirksam sein, die Immunität bleibe aber nur vier bis fünf Monate wirksam.
28.02.2021	4.198.400	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 11.359 Fälle auf insgesamt 4.246.079 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 86.122 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.737 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
28.02.2021	4.198.400	Tschechien lässt als drittes Land in der EU den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Dies gab der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš bekannt.

*Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand 28.02.2021; die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

CHRONIK

16. – 27. Februar 2021

16.02.2021	Die Berufung des Historikers und Leiters der Menschenrechtsorganisation »Memorial« in Karelien, Jurij Dmitrijew, gegen das vom Obersten Gerichtshof in Karelien verhängte Urteil von 13 Jahren verschärfter Lagerhaft wegen sexuellen Missbrauchs wird vom Kassationsgericht in Sankt Petersburg abgelehnt. Dmitrijews Verteidiger legten gegen das Urteil Berufung beim Obersten Gerichtshof Russland ein. Beobachtende stufen den Prozess als politisch motiviert ein.
16.02.2021	Sergej Smirnow, Chefredakteur des unabhängigen Online-Mediums »Mediazona«, legt Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Smirnow war am 03. Februar 2021 wegen des Aufrufs zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Massenveranstaltung zu 25 Tagen Haft verurteilt worden, nachdem er einen Tweet geteilt hatte, der sich auf die Ähnlichkeit von ihm auf den Leadsänger der russischen Punkrockband »Tarakany« bezog.
17.02.2021	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fordert die russischen Behörden auf, den Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj auf freien Fuß zu setzen. Das Gericht stellte fest, dass das am 02. Februar 2021 vom Simonowskij-Bezirksgericht in Moskau gefällte Urteil der Aufhebung der Bewährungsstrafe Nawalnyjs im sogenannten Fall »Yves Rocher« aus dem Jahr 2014 ohne rechtliche Grundlage getroffen worden sei. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa nannte das Urteil ein »weiteres Beispiel für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands«.

19.02.2021	Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees in Russland, Stanislaw Posdnjakow, gibt bekannt, dass die russische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 2020 und 2022 unter der Flagge des Nationalen Olympischen Komitees antreten wird. Im Dezember 2020 entschied der internationale Sportgerichtshof, dass russische Sportler:innen zwei Jahre lang nicht unter russischer Flagge an internationalen Wettkämpfen teilnehmen dürfen. Dem Urteil war ein Streit zwischen der Weltantidopingagentur (WADA) und der russischen Antidopingagentur (RUSADA) über wiederholte Dopingverstöße russischer Athlet:innen vorausgegangen.
19.02.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein venezolanischer Amtskollege Nicolas Maduro beraten in einem Telefongespräch aktuelle Fragen der Entwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Insbesondere geht es dabei um die Zusammenarbeit im Kampf gegen das Coronavirus.
20.02.2021	Das Moskauer Babuschkinskij-Bezirksgericht befand den Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj für schuldig, den Veteranen des Zweiten Weltkriegs, Ignat Artemenko, verleumdet zu haben. Nawalnyj wird zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 850.000 Rubel (etwa 9.400 Euro) verurteilt. Er hatte im Juli 2020 ein von russischen Staatsmedien ausgestrahltes Video zur Verfassungsänderung kritisiert und die darin auftretenden Personen, darunter auch Artemenko, »Verräter« genannt. Bei der heutigen Anhörung waren Vertreter:innen aus neun verschiedenen Ländern sowie ein Vertreter der Europäischen Union anwesend.
20.02.2021	Das Moskauer Stadtgericht lehnt die Forderung der Verteidiger Aleksej Nawalnyjs, den Oppositionspolitiker freizulassen ab und befand die Entscheidung des Simonowskij-Bezirksgerichts vom 02. Februar 2021, seine Bewährungsstrafe aus dem Fall »Yves Rocher« in eine dreieinhalbjährige Haftstrafe zu verwandeln, für rechtmäßig. Nawalnyjs Anwälte stützen ihre Forderung auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 17. Februar 2021, dass das Urteil des Simonowskij-Bezirksgerichts für nicht rechtmäßig erklärt hatte. Außerdem bestätigte das Gericht die Umwandlung der Bewährungs- in eine Haftstrafe durch das Simonowskij-Bezirksgericht.
22.02.2021	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin unterzeichnet einen Erlass zur Einrichtung eines Koordinationszentrums der Regierung der Russischen Föderation. Dieses soll ein schnelles und koordiniertes Handeln der Exekutivorgane ermöglichen. Den Vorsitz hat der amtierende Ministerpräsident inne.
22.02.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Amtskollege Aljaksandr Lukaschenka treffen sich zu Gesprächen im südrussischen Sotschi. Offizieller Anlass des Treffens ist der Austausch über einen gemeinsamen Fahrplan zur weiteren Integration beider Länder.
24.02.2021	Das Bezirksgericht in Nischni Nowgorod verurteilt den ehemaligen Präsidenten der Republik Marij El, Leonid Markelow, zu 13 Jahren Haft. Er wurde der schweren Bestechlichkeit, des Machtmissbrauchs und des illegalen Besitzes von Munition für schuldig befunden. Markelow war von 2001 bis 2017 Präsident der Republik Marij El. 2017 wurde er festgenommen. Er soll unter anderem 235 Millionen Rubel (heute etwa 2,6 Millionen Euro) Bestechungsgelder für die Gewährung staatlicher Hilfen angenommen haben, außerdem soll er seine persönliche Sicherheit auf Kosten des staatlichen Budgets finanziert haben.
24.02.2021	Die Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« erkennt dem russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj den Status als »gewaltloser politischer Gefangener« ab. Begründet wird dieser Schritt mit früheren Hass-Kommentaren Nawalnyjs, von denen dieser sich nie distanziert hätte. Um welche Äußerungen genau es sich handelt, ließ die Organisation offen, bekräftigte jedoch, dass die Forderung nach einer Freilassung Nawalnyjs bestehen bleibe.
26.02.2021	Das FBI setzt den Vertrauten des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Jewgenij Prigoschin, auf die Fahndungsliste. Prigoschin wird beschuldigt, die sogenannte »Petersburger Trollfabrik«, die mit Hackerangriffen und durch die Schaffung hunderter fiktiver Online-Identitäten mutmaßlich US-Politik beeinflusst haben soll, zu finanzieren. Für Hinweise, die zu Prigoschins Festnahme führen, setzt das FBI eine Belohnung von 250.000 US-Dollar fest.
27.02.2021	In verschiedenen russischen Städten finden Aktionen zum Gedenken an die Ermordung des Oppositionspolitikers Boris Nemzow statt. Nemzow wurde 2015 im Zentrum von Moskau erschossen. Die Hintergründe der Tat sind bis heute ungeklärt. Traditionell finden an seinem Todestag Gedenkmärsche in vielen Städten Russlands statt. In den Hauptstädten Moskau und Sankt Petersburg sowie in einigen weiteren großen Städten wurden diese Veranstaltungen in diesem Jahr aufgrund der Coronavirus-Pandemie nicht erlaubt. Stattdessen versammelten sich nach offiziellen Angaben in Moskau mehrere tausend Menschen, um Blumen am Tatort niederzulegen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Leonie Eckl
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

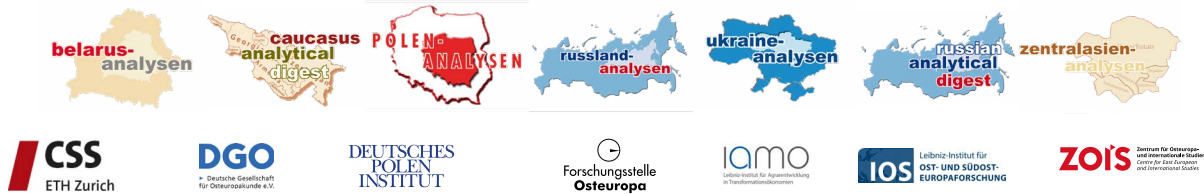
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.